

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 2,50 M., im Voraus zahlbar, Vierteljahr 6,75 M., einschließlich 60 Blg. Postgebühren und 72 Blg. Postbefreiungsgeldern, Zustellungsabonnements 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Montags einmal, die Wochenbeilagen für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Illustrierte Beilagen“, „Reiz und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in der Naturwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Ausswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbroschüre 80 Pfennig, Neufassung 2.— Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ des „Vorwärts“ Wort 25 Pfennig (gültig zwei Wochen), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags, von 9 1/2 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Verantwortlicher: Köhnhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 68. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin 10

Fälschung auf belgische Bestellung?

Große Unruhe in Brüssel. — Frank als Werkzeug Brocquevilles?

Brüssel, 6. März. (Eigenbericht.)

Das Gefühl der Genugtuung darüber, die Fälschung der Utrechter Dokumente einwandfrei erwiesen zu haben, hat in Brüssel einer neuen schweren Beunruhigung Platz gemacht.

Was am Montag gemeldet wurde, wurde am Mittwoch laut ausgesprochen. Von allen Seiten fordert man Klärung über die

Beziehungen des Fälschers Frank Heine zu belgischen Spionageorganisationen.

Es machte an sich schon stutzig, daß Heine aus Holland nach Brüssel zurückkam, um sich in die Arme der belgischen Polizei zu werfen. Der Fälscher mußte Grund zu der Annahme haben, daß er einflußreiche Schützer finden und nicht viel aufs Spiel setzen würde. Tatsächlich zirkulieren Gerüchte über die baldige Freilassung Heines bzw. über dessen Verurteilung wegen ganz untergeordneter Vergehen. Gleichzeitig verdächtigen sich die Mutmaßungen, daß Heine nicht der einzige Verfasser der gefälschten Dokumente ist. Zwei untergeordnete Beamte des belgischen Militärspionagedienstes sollen ihm bei der Abfassung zum mindesten behilflich gewesen sein und ihm das amtliche Schreibpapier des belgischen Kriegsministeriums geliefert haben. In diesem Zusammenhang erklärte eine Brüsseler Zeitung am Mittwochabend, daß ein höherer Offizier des Kriegsministeriums seines Amtes enthoben worden sei, weil er seine Untergeordneten nicht genügend überwacht habe. Diese Nachricht eilt nach unseren Informationen den Tatsachen voraus. Die Amtsenthebung hat noch zu erfolgen.

Eine von der Pariser Zeitung „Deuxième“ am Mittwoch aufgeworfene Frage,

ob der Kabinettschef des belgischen Kriegsministers Kenntnis von der Fälschung gehabt

habe, hat in Brüsseler Regierungskreisen wie eine Bombe eingeschlagen. Mit dieser Frage wird zugleich auch die Frage der Mitwisserschaft des Kriegsministers de Brocqueville aufgeworfen, und damit wiederum hängt die Frage eng zusammen, ob das Strafverfahren gegen Heine rücksichtslos bis zu den letzten Konsequenzen durchgeführt werden soll oder ob es unter dem einen oder anderen Vorhaben praktisch niedergeschlagen wird, um höhergestellte Personen zu decken. In zuständigen Kreisen scheinen die Meinungen darüber geteilt zu sein, und es hat fast den Anschein, als ob man in den Ämtern geradezu darum kämpft, wie vorgegangen werden soll. Der Justizminister, der Ministerpräsident und der Außenminister sollen für energiegeliches und rücksichtsloses Vorgehen sein. Die Frage ist vorläufig aber, ob der Kriegsminister der gleichen Meinung ist.

Es braucht wohl kaum hervorgehoben zu werden, daß die Sozialisten die Aufdeckung der vollen Wahrheit fordern. Im „Peuple“ fordert de Brocquère am Mittwoch volles Licht.

Frank-Heine auf freien Fuß gesetzt!

Wie wir in später Nachtstunde über Amsterdam erfahren, ist der Fälscher Frank-Heine Mittwochabend in Brüssel plötzlich kurzerhand auf freien Fuß gesetzt worden.

Damit gewinnen die obigen Angaben um so mehr an Interesse.

Ein gefälschtes Brouckère-Interview.

Brüssel, 6. März. (Eigenbericht.)

Hugenbergs Telegrammunion verbreitete dieser Tage eine Meldung des Rotterdamer katholischen Blattes „Maasbode“ über angebliche Äußerungen des belgischen Sozialisten de Brouckère. Der Brüsseler Korrespondent dieses Blattes hatte de Brouckère die Erklärung in den Mund gelegt, daß die in dem Utrechter Dokument angegebenen Konzentrationszentren der belgischen Armee sowie die Angaben über die belgischen Tanks richtig seien. Ein gefundenes Fressen für Hugenberg. (Seider hat auch die „Germania“ in dasselbe Horn geblasen wie die Hugenberg-Presse. Red.)

Die Mitteilungen der holländischen Zeitung sind — wie de Brouckère dem Brüsseler Korrespondenten des „Soz. PresseDienst“ mitteilt — vollständig falsch. De Brouckère hat von belgischen Tanks kein Wort gesagt. Ueber die Konzentrationszentren der belgischen Armee sagte er lediglich, der Fälscher habe sie vermutlich irgendeiner amtlichen Veröffentlichung entnommen, um seine Fälschung etwas glaubhafter erscheinen zu lassen. In bezug auf die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Angaben über die Konzentrationszentren hat sich de Brouckère überhaupt nicht geäußert, und zwar schon deshalb nicht, weil er selbst keine Informationen darüber besitzt.

Hollands Journalisten gegen „Utrechter Tageblatt“

Amsterdam, 6. März. (Eigenbericht.)

Der Vorstand des niederländischen Journalistenverbandes, der sich am Dienstag in einer außerordentlichen Sitzung mit den Veröffentlichungen des „Utrechter Tageblattes“ befaßte, mißbilligte auf das entschiedenste das Verhalten des Chefredakteurs dieser Zeitung. Die Journalisten aller Länder werden gleichzeitig aufgefordert, in Zukunft alles zu tun, was die Verständigung der Völker fördern und den Geist des Mißtrauens ausröten kann.

Besprechungen über den Etat.

Die Volkspartei schweigt sich über ihre Streichungsabsichten aus.

Der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hat nach der Erledigung des Reichsetats durch den Reichsrat Besprechungen mit den Parteien des Reichstags ausgenommen. Am Dienstag hatte er eine Besprechung mit Abgeordneten der Deutschen Volkspartei. Ihnen sollte Gelegenheit gegeben werden, Einzelheiten über ihre Ersparnisabsichten mitzuteilen. Es verlautet, daß die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei wiederum nicht gesagt haben, an welchen Stellen nach ihrem Vorschlag 200 Millionen gespart werden können.

Den Besprechungen mit der Deutschen Volkspartei sollen in den nächsten Tagen Besprechungen mit den Demokraten, den Sozialdemokraten und dem Zentrum folgen.

Der Reichsnotetat dem Reichsrat zugegangen.

Da jetzt feststeht, daß der Reichstag den am Dienstag vom Reichsrat verabschiedeten Reichshaushalt für 1929 nicht mehr bis zum Beginn des neuen Etatsjahres zu Ende beraten kann, so hat der Reichsfinanzminister dem Reichsrat einen Notetat zugehen lassen, d. h. ein Gesetz, das die Regierung ermächtigt, bis zur Verabschiedung des endgültigen Haushalts die notwendigen Ausgaben im Rahmen des vorjährigen Etats zu machen. Die zuständigen Ausschüsse des Reichsrats werden sich bereits am Freitag mit dem Notetat beschäftigen, der dann in der nächsten Woche vom Plenum des Reichsrats verabschiedet und dem Reichstag vorgelegt werden kann.

Die Renten der Standesherrn.

Alle Abfindungen für ehemalige Hoheitsrechte vom Reichsrat gestrichen.

Der Reichsrat nahm mit allen gegen die Stimmen Bayerns den Gesetzentwurf über die Abfindung der Standesherrn an. Der Entwurf sieht den entschädigungslosen Fortfall aller Renten vor, die auf ehemaligen Hoheitsrechten beruhen, oder deren Rechtsgrund, wie beim *ius primae noctis*, dem *Judenzins* und ähnlichem, nach heutiger Auffassung den guten Sitten widerspricht. Eine Aufwertung in Höhe von 25 Proz. finden lediglich die Renten, die als Ausgleich für Uebergabe oder Verlust von Grundbesitz entstanden sind.

Noch eine Hinrichtung?

Das Schicksal des Johann Heine noch nicht entschieden.

Seit der Anregung der Reichsregierung bei den Länderrichtungen, bis zur Entscheidung über die Todesstrafe das Begnadigungsrecht gegenüber Todesurteilen anzuwenden, ist in Deutschland keine Hinrichtung mehr erfolgt. Ueber das Schicksal des Johann Heine, der in Koburg zum Tode verurteilt wurde, ist eine Entscheidung bisher nicht gefallen. Das Reichsgericht hat am 28. September seine Revision verworfen, seitdem wartet Heine auf Begnadigung oder Hinrichtung. Das bayerische Staatsministerium hat bisher über die ihm vorliegenden Gnadengesuche nicht entschieden.

Sollte Deutschland wider alles Erwarten vor der Abschaffung der Todesstrafe doch noch eine Hinrichtung erleben, sollen alle Beteiligten gezwungen werden, dieser Szene beizuwohnen, die um so schauerlicher sein würde, als sich jedem der Gedanke tief ins Bewußtsein einbrennen müßte: dies ist die letzte Hinrichtung in Deutschland, und ich bin gezwungen, ihr beizuwohnen!

Wir und der Staat.

Zur Klarstellung bei Erörterung der Wehrfrage.

Von Eduard Bernstein.

In was für einem Staat leben wir?

Es mag manchem Leser seltsam erscheinen, daß ein Sozialdemokrat diese Frage aufwirft. Wer aber die Artikel nachliest, die in der letzten Zeit in der sozialistischen Presse mit Bezug auf die Wehrfrage erschienen sind, wird bei einem Teil davon auf Betitelungen des Staats, in dem das deutsche Volk heute lebt, stoßen, die zu sehr irrigen Folgerungen hinsichtlich der Stellung der Sozialdemokratie zu diesem Staat verleiten können, wenn nicht geradezu verleiten müssen. Da konnte man in einem Blatt lesen, daß wir im „bürgerlichen Staat“, in einem anderen Blatt, daß wir im „kapitalistischen Staat“ leben, und in der bolschewistisch-kommunistischen Presse erfährt man noch heute, daß Deutschland „ein imperialistischer Staat“ sei; Erklärungen, die allesamt darauf fußen, daß Deutschland noch kein sozialistischer, von revolutionären Sozialisten regierter Staat ist... Aber ist Deutschland deshalb, weil es noch kein sozialistischer Staat ist, schon ein antisozialistischer, sozialistenfeindlicher Staat? Wenn bolschewistische Kommunisten dergleichen Ungereimtheiten behaupten, so nimmt das nicht weiter wunder. Aber in einem von der sozialdemokratischen Parteimitgliedschaften in Hanau a. M., Kaiserslautern und Suhl dem kommenden sozialdemokratischen Parteitag unterbreiteten Antrag zur Wehrfrage heißt es an der Spitze unter „Grundfalschheit“:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will dem bürgerlichen Staat die Mittel zur Führung von Kriegen nehmen.“

Das setzt voraus, daß das „bürgerlich“ bei Staat im Sinne von *bourgeois-kapitalistisch* verstanden sein soll. Aber die Verfassung der Republik Deutschland erkennt dem Besitzbürgertum keinerlei politisches Vorrecht zu. Das Wahlrecht zu ihrem Parlament ist kein Wahlrecht der Bourgeoisie, sondern Wahlrecht der Staatsbürger, zu denen auch der Aermste zählt; es ist in der demokratischen Natur seiner Bestimmungen von dem Wahlrecht keines anderen Landes übertriffen. Allerdings sind in Sowjetrußland die Besitzenden sogar vom Wahlrecht ausgeschlossen. Da sie jedoch nur eine nicht ins Gewicht fallende Minderheit der Bevölkerung bilden, wird durch ihren Wegfall beim Wahlakt das politische Recht der Besitzlosen nur dem Scheine nach nennenswert gehoben, während es dort unter allerhand Beschränkungen der politischen Diskussion schwer zu leiden hat. Künstleien jener Art täuschen nicht hinweg, daß das politische Wahlrecht des Proletariats im sich kommunistisch nennenden Sowjetrußland in jeder Hinsicht hinter dem demokratisch freien und gleichen Wahlrecht der Republik Deutschland zurücksteht.

Man wendet man von Seiten der Wortführer des extrem radikalen Flügels der Sozialdemokratie in Deutschland ein, die demokratische Gleichheit sei hier „nur eine Formalität“, im Wirtschaftsleben Deutschlands herrsche Ungleichheit vor, welche durch dessen Verfassung, die in ihrem Artikel 152 Freiheit von Handel und Gewerbe verkündet und im Artikel 153 das Privateigentum verbürgt, geradezu sanktioniert werde, die wirtschaftliche Ungleichheit aber spreche in der Politik das entscheidende Wort. So buchstabengemäß gestalten sich indes in der Politik die Dinge nun doch nicht.

Das demokratische Wahlrecht der Republik gibt der Arbeiterklasse einen sehr in Betracht kommenden Einfluß auf die Zusammensetzung der Volksvertretung, von der wiederum die Gestaltung der Regierung abhängt. Und da nicht nur die politisch geschulte und wohlorganisierte spezielle Partei der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, die stärkste Partei des Reichstags ist, sondern auch in verschiedenen anderen Parteien das durch die sozialdemokratische Propaganda immerhin mit dem Gefühl für die besondere Bedeutung seiner Klasse verfehene Arbeiterelement einen nicht unbedeutenden Einfluß auszuüben vermag, trifft es schon deshalb am wirklichen Stand der Dinge vorbei, das Wahlrecht der Arbeiter, die doch in Deutschland über die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, für eine „bloße Formalität“ zu erklären. Allein, die drei Parteien, die im Reichstag die entschiedene Linke bilden, die

Sozialdemokraten mit	153 Abgeordneten
Kommunisten mit	54 „
Deutschdemokraten mit	25 „

Zählen mit zusammen 232 Abgeordneten

fast die Hälfte des 490 Abgeordnete umfassenden Reichstags. Schon der linke Flügel des Zentrums genügt, bei Entscheidungen über Krieg und Frieden aus der knappen Hälfte eine Mehrheit zu machen, wozu dann noch die radikal gesinnten Elemente der Bauerngruppen kommen, während die 78 Deutschnationalen mit ihren nationalistischen Anhängern und dem rechten Flügel der Volkspartei außerstensfalls es auf 140 bis 150 Stimmen bringen. Den Arbeitern erzählen, daß die Republik Deutschland ein Bourgeoisstaat ist, heißt sie in verhängnisvoller Weise politisch irreführen.

Nicht minder irreführend ist im zweiten Stück jenes Abschnitts der Satz: „In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus“. Sehr treffend und klar weist Karl Kautsky in seiner Schrift „Wehrfrage und Sozialdemokratie“ das Trügerische dieser Redensart nach. Dort schreibt er im 6. Kapitel „Der Imperialismus“:

Mit wenigen Worten wird in der Kriegsfrage von kommunistischer und den Kommunisten nahestehender Seite ein solcher Unfug getrieben wie mit dem Wort „Imperialismus“. Dabei fällt den wenigsten ein, festzustellen, was sie unter diesem Wort verstehen.

Zwei Begriffe werden gemächlich unter dem Wort „Imperialismus“ verstanden. Zwei sehr verschiedene Begriffe, die aber nicht auseinandergehalten, sondern willkürlich durcheinandergeworfen werden.

Der eine Begriff kennzeichnet das Bestreben, ein großes Land mit seinen kleineren Einheiten und Kolonien im Interesse größerer Sicherheit und Ausdehnung möglichst straff zusammenzufassen. In diesem Sinne kam das Wort in England gegen Ende des vorigen Jahrhunderts auf, ohne daß die Bewegung damals unmittelbar Kriege zur Folge hatte. Auch die 1871 erfolgte Gründung des deutschen Kaiserreichs war in diesem Sinne ein imperialistischer Vorgang. Sie war zwar das Ergebnis von Kriegen, hatte jedoch gleichfalls keine Kriege zur unmittelbaren Folge. In beiden Fällen handelte es sich um eine durch die besonderen Umstände der neuzeitlichen Entwicklung herbeigeführte politische Zusammenfassung, aber um keine kriegerischen Eroberungen.

Der andere Begriff des Wortes „Imperialismus“ wird im Gegenteil für jedes Streben nach Erweiterung des Staates durch Eroberung neuer Gebiete gebraucht. „Nimmt man das Wort in diesem Sinne, und das geschieht in der Regel“, sagt Kautsky sehr richtig, „dann ist es nicht geistreich, als dem Imperialismus den Krieg zu erklären, als die Armut aus der „poverty“ abzuleiten. Man sagt dann nichts, als daß die Eroberungskriege durch das Streben nach Eroberungen hervorgerufen werden.“ Und nicht minder treffend setzt Kautsky hinzu:

Der Imperialismus in diesem Sinne ist vielmehr so alt, wie der Staat selbst... Es ist nicht der Kapitalismus, der den Imperialismus — in diesem Sinne — schafft. Im Gegenteil, gerade der industrielle Kapitalismus erst erzeugt Elemente mit Interessen und Tendenzen, die jenem Imperialismus entgegenstehen.

Kautsky führt als Beispiel die entscheidenden pazifistischen Bestimmungen des englischen Industriekapitals in der Mitte des vorigen Jahrhunderts an und zeigt dann, daß und warum jene Strömung in England später fast verschwunden ist. Ein sehr interessantes Kapitel, das unter anderem erkennen läßt, wie töricht es ist, die Begriffe Kapitalismus und Imperialismus nach dem Muster der Bolschewisten schablonenhaft anzuwenden. Man wird dadurch nicht nur dazu verleitet, diesen Faktoren maßlos übertriebene Kräfte anzudichten, sondern auch dazu, ihre Vermundbarkeit und damit zugleich auch die politische Kraft der Arbeiterbewegung ihnen gegenüber ganz erheblich zu unterschätzen, ja nachdem also mit Bezug auf sie politischen Pessimismus zu erzeugen. So heißt es im obigen Antrag dann auch weiter:

„Deshalb lehnt die Sozialdemokratie jeden Krieg ab, mag er auch bei seinem Beginn als Verteidigungskrieg oder als Krieg zum Schutz der Neutralität bezeichnet werden.“

Sozialdemokratie lehnt darum auch im kapitalistischen Staat die Mittel für die Wehrmacht ab und kämpft für die Beseitigung dieser Wehrmacht.

Dies muß die Sozialdemokratie auch aus innerpolitischen Gründen tun, weil die herrschende Klasse die Wehrmacht bei allen Auseinandersetzungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie zur Niederhaltung der Arbeiterklasse benutzt.“

Wer das liest, sollte meinen, es habe sich seit dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs nichts Wesentliches an den politischen Machtverhältnissen in Deutschland geändert. Wenigstens nun auch so manches aus den Kaiserzeiten sich in die Republik hinübergerettet hat, das nicht in sie hinein gehört und beseitigt werden muß, so steht es doch mit der Verteilung der politischen Macht in ihr zum Glück nicht entfernt so arg, wie es in diesen Sätzen unterstellt wird. In einem zweiten Aufsatze soll das noch näher gezeigt werden.

Internationale Reparationsbank.

Das Ziel der Experten: Allmacht des Finanzkapitals.

Paris, 6. März. (Eigenbericht.)

Die Sachverständigenkonferenz hat am Mittwoch mittig ihre zweite Vollversammlung für diese Woche abgehalten. Die Tagung war sehr kurz; trotzdem brachte sie die Feststellung, daß die drei Unterkommissionen antragsgemäß zu einer Einigung gelangt sind.

Die Kommissionen waren beauftragt zu prüfen, inwieweit sich die Vereinfachung aller notwendigen Kontrollorgane für die Mobilisierung und Transferierung der deutschen Schuld sowie für die Sachlieferungen in einem einzigen Kontrollorgan ermöglichen ließe. Der Einigungsvorschlag der drei Kommissionen geht dahin, ein selbständiges Bankinstitut zu schaffen, das alle in Frage kommenden Finanzoperationen erledigen soll. Die neue Reparationsbank soll ihren Sitz an einem neutralen Ort haben. An sie sind alle deutschen Zahlungen zu leisten. Die Bank emittiert die deutschen Reparationsanleihe, sie entscheidet über die Weiterleitung der Barzahlungen an die Gläubigerstaaten und die Verzinsungen der Sachlieferungen. Sie hat ferner die freie Verfügung über diejenigen Summen, die nicht transferiert werden können und die daher in Gestalt von Wertpapieren bei der Reichsbank bleiben.

Diese Idee, den gesamten Reparationsverkehr einem privaten Bankinstitut zu übertragen, beweist deutlicher als alles, daß die Sachverständigen die

Entpolitisierung des Reparationsproblems auf rein geschäftlicher Basis

suchen. Verstärkt wird dieser Eindruck dadurch, daß an der Bank, die gemeinsam von den internationalen Notenbanken errichtet werden soll, auch Privatbanken zur Beteiligung zugelassen werden sollen. Auf der anderen Seite hat die Gründung eines derart mächtigen Instituts auch ihre schweren Gefahren. Das Institut wird in seiner Klasse Desinfektionsmittel annehmen können, wie sie keine andere Bank der Welt besitzt. Es wird durch diese Kapitalanhäufung einen Einfluß nicht nur auf die Börse ausüben können, sondern es wird auch die wirtschaftliche Entwicklung durch seine Kreditpolitik eigenmächtig bestimmen können. Es handelt sich bei dieser Gründung also um die Zusammenballung derart starker Kapitalmassen, die leicht zu einer Art Finanzdiktatur mißbraucht werden kann.

Der Kampf um die Minderheiten.

Strefemans Vorstoß. — Die meisten Ratsmitglieder bremsen.

Genf, 6. März. (Eigenbericht.)

Die Mittwochvormittagsitzung des Völkerbundesrates mit den beiden großen Reden des Kanadiers Dandurand und Strefemans muß als historisches Moment in der Entwicklung des Völkerbundes angesehen werden. Das Minderheitenrecht, das in der Periode der Nichtzugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund immer mehr zu einem Stiefkind des Völkerbundes geworden war, ist von Strefemann wiederum in den Vordergrund der Völkerbundsarbeit gestellt worden, während der Kanadier zeigte, wie die Ausübung des Minderheitenrechts zu einer lokalen und den Minderheiten gerecht werdenden Praxis geführt werden könnte.

Dandurand

verlas sein Memorandum in der erweiterten Form und fügte dem einen kurzen aber wichtigen Appell an den Völkerbund hinzu. Gerechtigkeitsgefühl und Pflicht gegenüber dem Völkerbund hätten ihm seine Vorschläge diktiert. Die Geheimnisträumerei und das Schweigen über das Schicksal der Minderheitenbeschwerden beunruhigten in zahlreichen Ländern die öffentliche Meinung und erschütterten das Vertrauen in den Völkerbund. Besondere Wichtigkeit mochte Dandurand der Erweiterung des Dreierkomitees bei, das bisher die Minderheitenbeschwerden in sich begrub, ohne daß in den meisten Fällen die anderen Ratsmitglieder überhaupt erfuhren, was in diesem Komitee vor sich ging.

Zur Begründung des deutschen Antrages „Die Garantie des Völkerbundes für die Bestimmungen zum Schutz der Minderheiten“ entwickelte

Dr. Strefemann

folgende Gedankengänge:

Seit der Gründung des Völkerbundes sind 10 Jahre vergangen, in denen sich gewaltige soziale Umwälzungen vollzogen haben. So ist die Zeit zur Nachprüfung gekommen, auch in der Minderheitenfrage, zu der der Vertreter von Kanada, Dandurand, höchstbedeutende Vorschläge gemacht hat. Man darf die Menschen nicht von der Enttäuschung zur Skepsis und zur Verzweiflung treiben, sondern muß ihnen zeigen, daß die Entwicklung im Völkerleben nach aufwärts strebt und daß

kein klassender Widerspruch zwischen Versprechungen und Taten besteht.

Die Minderheitenfrage tritt an das Völkerbund in Gestalt von Einzelwünschen heran. Dadurch geht leicht das Gefühl dafür verloren, daß es sich um eine Frage von weitreichender internationaler Bedeutung handelt. Eine Note von 1919 hat Gründe und Ziele des ersten Minderheitenvertrages in unklarer Weise dargelegt. Es handelt sich um ein neues System der internationalen Beziehungen, dessen Garantie jetzt dem Völkerbund anvertraut ist. Die durch den Friedensvertrag abgetretenen Gebiete schließen bedeutende Volksteile in sich, die eine andere Sprache sprechen, anderer Rasse sind durch Jahre bitterer Feindschaft von dem Völkchen, in das sie einverleibt worden sind, getrennt sind. Welcher würden sie sich an ihre neue Lage gewöhnen und die ermittelte Annäherung vollziehen, wenn sie wüßten, daß sie

merklich gegen ungedeckte Behandlung geschützt

sind. Dem Völkerbund ist die Pflicht auferlegt, sich der Durchführung jener Bestimmungen zu vergewissern. Dabei sind Theorie und Praxis nach dem Gefühl der Minderheiten selbst immer in Einklang miteinander zu halten. Daran folgt Enttäuschung und scharfe Kritik am Völkerbund. Eine sehr bekannte Erklärung eines früheren Berichterstatters (des Brasilianers Rello Franco) konnte so gedeutet werden, als ob die Minderheiten als solche schließlich verschwinden sollten. Einer solchen Assimilationslehre müßte ich entschieden widersprechen. Die Garantie des Völkerbundes erschöpft sich nicht in der Behandlung von Petitionen. Schon 1920 wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Völkerbund sich dauernd über die Durchführung der Bestimmungen vergewissern müsse. Dieser Gedanke hat

Veranlassung einer ständigen Minderheitenkommission

eine Rolle gespielt. Die Aufgabe, die dadurch den verpflichteten Ländern auferlegt wird, ist weder unmöglich noch eines kaiserlichen Stantes unwürdig. Das Interesse eines Landes für Minderheiten in einem anderen Lande kann nicht als unzulässige Einmischung angesehen werden. Die Sorge vor einer Irredentabewegung ist unbegründet. Ich bin nicht der Meinung, daß das Jahrhundert, in dem wir leben, eine für alle Ewigkeit bestehende Ordnung festgelegt hat — ein Gedanke, den ja auch die Völkerbundsordnung klar zum Ausdruck bringt. Aber das hat mit der Minderheitenfrage nichts zu tun. Es ist falsch, daß ein Einzelstaat für kulturelles Recht der Art das Hebel ist, um Staaten auseinanderzusprennen. Vielmehr sichert die Abstellung berechtigter Beschwerden den Frieden. Ein Beispiel bietet das glückliche Land, in dem wir leben, die Schweiz, in der trotz Verschiedenheit der Sprache, Rasse und Religion die alle umspannende Liebe zur Heimat unerschütterlich geblieben ist. Ein Uebelstand, der von den Minderheiten sehr beklagt wird, besteht, wie auch Dandurand bemerkt, darin, daß das Verfahren des Völkerbundes seinen Schwerpunkt im Dreierkomitee hat, wobei bei den Minderheiten der Eindruck entsteht, daß sie nicht gehört würden und daß nichts geschehe. Die Dreierkomitees sollten die Aufgaben der Ratsmitglieder erleichtern und ihnen eine Unterlage für ihre Entscheidung geben. In der Praxis ist es so geworden, daß die Petitionen nur in den Komitees behandelt werden. Das Ergebnis müßte auf jeden Fall auch den übrigen Ratsmitgliedern vorgelegt werden. Die Minderheiten sollten auch die Möglichkeit haben, sich schon in diesem Stadium zu unterrichten, was aus ihrer Beschwerde geworden ist. Sehr nützlich wäre es,

das Verfahren zu beschleunigen.

indem die Beschwerden auch außerhalb der Ratsorgane von beauftragten Hauptbelegierten vorgeprüft werden. Der Prüfung bedarf es, ob die Komitees nicht auch von berufenen Vertretern der Minderheiten oder von anderen Sachkundigen, statt wie bisher nur von der beteiligten Regierung, Mitteilungen einfordern sollten. Zu einem kontraktualistischen Verfahren zwischen der Minderheit und ihrer Regierung braucht es deswegen nicht zu kommen. Dandurands Gedanke muß weiter verfolgt werden, daß aus dem Dreierkomitee ein Komitee gemacht wird, in dem sämtliche Ratsmitglieder vertreten sind. Die Verstärkung müßte von der Wichtigkeit des Falles abhängig gemacht werden. Ein heikler Punkt ist der Ratbeschluss von 1925, der die Regierung zur Teilnahme von bestimmten Voraussetzungen abhängig macht. Darüber muß offen gesprochen werden. Man glaubt, daß man von Ländern, die nur beschwerdeführenden Minderheiten in näherer Beziehung stehen, nicht die notwendige Unparteilichkeit erwarten darf.

Es scheint mir prinzipiell nicht annehmbar, den Regierungen das Vertrauen zu ihrer Effektivität zu verlassen, die man für würdig hält, dem Rat anzugehören.

Gerade ihre Hinzuziehung könnte dazu beitragen, die friedlichen Beziehungen zwischen den beteiligten Ländern zu sichern. Man sollte es dem Rat des Völkerbundes überlassen, wenn er zuzugreifen will. Die etwa ausgesprochenen Ratsmitglieder haben bei Behandlung der Sache im Rat selbst ja demnach mitzusprechen.

Zus den angeführten Erwägungen konnte ich

zu folgenden Schlussfolgerungen:

Das ich wünsche und dem Rat dringend zur Erwägung stelle, ist einmal eine sorgfältige Durchprüfung der Möglichkeiten, die für eine Besserung des formalen Verfahrens bei der Behandlung von Petitionen gegeben sind. Zweitens bitte ich, in Aussicht zu nehmen, die bisher geübte Zurückhaltung der beteiligten Nationen durch ihre Hinzuziehung zu erlösen. Drittens wäre zu prüfen, in welcher Weise der Völkerbund seiner Garantiepflicht außerhalb des Gebietes der Petitionen zu genügen hat. Endlich liegt mir daran, daß in der von mir ausgesprochenen Weise eine Klärung der grundsätzlichen Seite der Völkerbundsarbeit herbeigeführt wird. Ich bin mir darüber klar, daß die Aufgabe, die sich hieraus ergibt, zu umfangreich und auch zu wichtig ist, als daß sie von uns während der gegenwärtigen Ratsitzung bewältigt werden könnte. Wohl aber können wir die zu bewältigende Arbeit in Gang bringen. Als das beste Mittel dazu erscheint mir die Einsetzung einer besonderen Studienkommission. Sie wäre so zusammenzusetzen, daß sie über die notwendige Autorität und Sachkunde verfügt. Sie müßte zugleich die Möglichkeit bieten, alle bei dem Problem in Betracht kommenden Gesichtspunkte geltend zu machen. Wenn eine solche Kommission ein hinreichend konkretes Mandat erhält, wird sie sicherlich in angemessener Zeit zu Ergebnissen gelangen können, die eine Grundlage für die alsdann endgültig zu fassenden Beschlüsse darstellen.

Gerne habe ich es begrüßt, daß der Vertreter Frankreichs in der Dezembertagung in so starker und feierlicher Weise sich zu den Grundfragen des Minderheitenschutzes betan hat. Ich kenne in dieser Frage auch nicht einen Unterschied zwischen an diesen Fragen interessierten und nicht interessierten Nationen. Dem die Frage, die wir behandeln, ist eine Frage, die den Völkerbund in seiner Gesamtheit interessieren muß. Im Leben der Völker gibt es, wenn wir die Geschichte der Jahrhunderte durchblättern, einen ewigen Wandel der Verhältnisse zueinander. Immer wieder ist in diesem Wandel die Herrschaft, die ein Volk ausübt, durch Zeiten abgelehnt worden, in denen kulturell mit ihnen verbundene Volksgenossen unter einer fremden Staatsherrschaft kamen. Die Idee, die zu der Begründung des Völkerbundes und zu den von ihm übernommenen Garantien für die Minderheiten geführt hat, sehe ich gerade darin, daß er den Ausgleich schaffen wolle zwischen den Spannungen, die die neu geschaffenen Verhältnisse naturgemäß schaffen und zurücklassen mußten, durch eine

gerechte Handhabung gegenüber den Menschen anderer Rasse, anderer Religion und anderer Sprache.

Den Frieden auf die Ewigkeit zu sichern, ist ein Ideal, dem die Menschen zustimmen, ohne daß irgend jemand würde behaupten können, daß die Menschheit dieses Ideal je erreichen wird. Wir können nur alles, was in unseren Kräften steht, dazu tun, um die Voraussetzungen für einen solchen Frieden zu schaffen. Eine dieser Voraussetzungen ist der kulturelle Friede der Völker untereinander, und stärker als Paragraphen und Verbindungen es für die Ewigkeit vermögen, wird der Friede gesichert werden können durch die Ausübung der Verantwortlichkeit gegenüber jedem, der für das ihm zugehörige Lebensrecht seiner Sprache, seiner Seele und seines Glaubens eintritt.

In der Nachmittagsitzung forderte der polnische Außenminister

Jaselski

von dem Völkerbundsrat analog dem Schritt der Kleinen Entente, daß Veränderungen im Beschwerdeweisverfahren

nicht ohne Zustimmung der Vertragsstaaten

getroffen werden. Das von ihm gewünschte Dreierkomitee soll aus drei unbeteiligten Staaten bestehen, aber keinesfalls eine gründliche Untersuchung des Problems vornehmen können. Frankreich, England und Finnland gingen nicht so weit. Auch sie verlangen die Einsetzung einer Studienkommission, was durchaus dem deutschen Wunsche entspricht. Gehen aber die Frage der Größe und Zusammenfassung dieser Kommission offen. Finnland schlug als Berichterstatter dieser Kommission den Japaner Uchida vor, der am Donnerstag eine Resolution unterbreiten wird, die die Aufgabe der Kommission umschreibt.

Chamberlain

der im Jahre 1925 die Assimilationslehre unterstützt hatte, rügte sehr mit der Behauptung von ihr ab, daß die Heberhebung des Protokolls nicht stimmte. Rismals habe er ein völliges Aufgehen der Minderheiten in der Mehrheit, sondern nur ein locales Verhalten der Minderheiten verlangt. In die gleiche Reihe fiel

Briand

der vom Harmonisieren der Minderheiten mit den Mehrheitsvölkern sprach, im übrigen aber mit einigen Winken und Wortspielen die ganze Minderheitenangelegenheit als eine Angelegenheit von Querschnitt, Propagandisten und Unzufriedener darstellte. Strefemans Rede nannte er spöttisch eine „philosophische Vorlesung“. Trotz dieses seltsamen Spiels enthielt seine Rede den Satz, daß die

Minderheitsgarantie des Völkerbundes ihre Grenzen in der Souveränität der Staaten

habe und der Völkerbundsrat nur den Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Minderheiten und den Interessen der Staatsouveränität suchen müsse. Zwischen Strefemann und Chamberlain entspann sich dann noch ein kleiner Wortwechsel über Strefemans Meinung, daß auch die in unserem Jahrhundert geschaffene Ordnung der Welt nicht für die Ewigkeit sein werde. Chamberlain scheint dieser Fallus etwas nervös gemacht zu haben. Er betonte, daß der Artikel 19 nicht zur Debatte stünde, was am Strefemann ohne weiteres zugeben konnte.

Der Schluß der Sitzung brachte eine kurze Kopie Dandurands, die jedoch das viele Lob, das Chamberlain und Briand dem Dreierkomitee für die Minderheitenbeschwerden spendet hatten, mit einem Schlag hinwegjagte. Der Kanadier berichtete auf Grund seiner Tätigkeit in einem derzeitigen Dreierkomitee, daß es nahezu unmöglich sei, die notwendigen Informationen von den Regierungen zu erhalten. Die Regierungen überließen Meinungsäußerungen, nie Material, auf Grund dessen man ableiten und sachlich prüfen könne. Schließlich zeigte der leibenscheitliche Kanadier Jeanau Dreierkomitee die Minderheitenbeschwerden, die er von der zuständigen Regierung erhalten konnte.

Poincaré auf dem Rückzuge.

Streitigkeiten im Kabinett. — Poincaré wollte wieder demissionieren.

Paris, 6. März. (Eigenbericht.)

Das Kabinett Poincaré, das seit Erledigung des Budgets sein Leben nur noch mühsam mit Hilfe immer neuer kurzfristiger Reparationen gestützt hat, ist genötigt, abermals um eine Bewährungsfrist zu bitten. Wieder handelt es sich um die ominöse Frage der Religionsgesellschaften, über die schon das vorige Kabinett Poincaré gestürzt wurde. Man hatte diese Frage, die nun fast dreiviertel Jahr in der Schwebe ist, immer wieder vertagt in der Hoffnung, daß die Zeit ein Kompromiß reifen lassen würde.

Diese Hoffnung hat getrogen. Inzwischen hat sich die Position des Kabinetts Poincaré so verschlechtert, daß es nicht mehr die Kraft besitzt, es auf einen Kampf wegen der Religionsgesellschaften ankommen zu lassen. So hat sich die Regierung, nur um ihre Existenz bis zum Abschluß der Sachverständigenverhandlungen über die Reparationsfrage fristen zu können, gezwungen gesehen, die einschlägigen Bestimmungen über die Wiedereingliederung der Religionsgesellschaften und die Rückgabe der beschlagnahmten Kirchengüter vorläufig aufzuheben. Die Bestimmungen, die bisher im Nachtragsgesetz enthalten waren, aber sowohl von der Finanzkommission als auch von der Kommission für auswärtige Angelegenheiten der Kammer abgelehnt worden waren, sollen nun den Gegenstand eines besonderen Gesetzentwurfs bilden, der von der Regierung zusammen mit den zuständigen Kammerkommissionen ausgearbeitet werden soll. Damit ist also dieser Frage, die von den Linksparteien von Anfang an als eine Durchbrechung der Salenengebung bekämpft worden war, ein ehrenvolles Begräbnis erster Klasse zuteil geworden.

Aber mit diesem Opfer allein hat sich Poincaré den Postenstand von den Linksparteien nicht erkauft können. Er hat sich auch bereit finden müssen, die von der Kammer verlangten und von ihm nach nur wenigen Tagen aufs schärfste bekämpften Steuererleichterungen anzunehmen. Trotzdem bleibt es dabei, daß mit diesen Zugeständnissen die latente Krise nur vertagt und nicht aus der Welt geschafft ist.

Der radikale Abg. Cazals hat am Dienstag in der Fraktionsführung seiner Partei recht interessante Erklärungen über

Streitigkeiten im Schoße des Kabinetts

Poincaré, dieses Kabinetts der nationalen Eintracht, gemacht. Cazals hat sich nämlich von dem Arbeitsminister Boucheur zu dem bestmöglichen Schritt bestimmen lassen, Poincaré klar zu machen, daß er demissionieren müsse, nachdem er bei der letzten Kammerabstimmung über die Vermögens- und Justizreform nur eine einzige Stimme Mehrheit erhalten habe. Poincaré antwortete auf diese Demarche, daß er selbst die Notwendigkeit dazu eingesehen und schon im letzten Ministerrat seine Demission angeboten habe. Der Präsident der Republik aber und die Mehrheit seiner Minister hätten ihn überstimmt. Es bliebe also nichts anderes übrig, als das die Kammer ihn stürze. Er würde dies nicht ungern sehen; denn dann könne er eine Umbildung seines Kabinetts vornehmen. Poincaré soll dabei, wie Cazals berichtet, sogar schon gefragt haben, ob die Radikalen wieder bereit wären, in die Regierung einzutreten.

Auf diesen Bericht Cazals' läßt Poincaré am Mittwoch erklären, er sei unter keinen Umständen bereit, nochmals die Regierungsbildung zu übernehmen. Mit dieser Erklärung ist mehr der Bericht Cazals' dokumentiert, noch Beweiskraft über die Abhängigkeit Poincarés geschaffen. Der und während der letzten Krise hatte Poincaré das Gleiche erklären lassen, und doch hat er wieder die Ministerpräsidentenschaft übernommen.

Republikanisierung in Mecklenburg.

Mahnahmen einer demokratisch-sozialdemokratischen Regierung.

Das Mecklenburg-Schwerinsche Staatsministerium hat in der Nummer 9 des Regierungsblattes für Mecklenburg-Schwerin zwei wichtige Beschlüsse erlassen:

1. Vertreter Mecklenburg-Schwerinscher Landesbehörden dürfen an Veranstaltungen, bei denen Flaggenschmuck verwendet wird, nur dann teilnehmen, wenn die Reichsflagge in einem würdigen Anteil an dem Flaggenschmuck erhalten, namentlich an hervorstechender Stelle gezeigt werden.

2. Die Mecklenburg-Schwerinschen Landesbehörden werden angewiesen, sämtliche Barchorden, Formulare, Stempel und Siegel mit der Bezeichnung „Großherzoglich“ oder dergleichen ohne Ausnahme zu vernichten und auch nicht mehr aus Gründen der Sparlichkeit zu verwenden.

Kommunistischer Wirrwarr.

Seeresbericht vom Thüringer Kriegschauplatz.

Weimar, 6. März.

Die kommunistische Bezirksleitung teilt mit, daß die ganze Ortsgruppe Greiz als aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen gilt. Der Leiter des Rotfrontkämpfer-Bundes aus Jena besetzte im Auftrage der Bezirksleitung mit einigen Greizer Kommunisten die Greizer Filiale der Thüringischen Arbeiterzeitung und entließ die Angestellten freistlos. Die Folge war, daß die kommunistische Zeitung nicht verbreitet werden konnte.

Die Opposition sagt: dem Bankrott nahe.

Jüdisch, 6. März. (Eigenbericht.)

Am Verlauf der Witzschschung der Stadtverordneten — der ersten nach der Sprengung der SPD. durch die Brandler-Gruppe — hielt der abgelegte Unterbezirks-Parteifreier Bauer eine vernichtende Abrechnung mit seinen bisherigen Parteifreunden. Der Austritt der sechs Stadtratsverordneten sei erfolgt, weil es die Führung der SPD nicht verstanden habe, Korruptionserscheinungen zu beseitigen. Angewandt von der Partei der Thälmann-Classe, hätte er mit seinen Freunden die Partei verlassen. Die SPD habe durch ihre unmoralische Anschauung sich selbst zur praktischen Einflußlosigkeit verdammt. Sie schreite von Niederlage zu Niederlage und sei dem Bankrott nahe.

Reichsinnenminister und Stahlhelm. Dieser Tage verbreitete eine in Berlin erscheinende Ungegründete Privatkorrespondenz einen Artikel über die Absichten des Stahlhelms, der völlig unberechtigt als Zuchtschrift „aus dem Reichsinnenministerium“ bezeichnet wurde. In Wirklichkeit stellt dieser Artikel eine Privatarbeit dar, mit der das Reichsinnenministerium und insbesondere der Reichsinnenminister nicht das geringste zu tun haben. Der Reichsinnenminister legt vielmehr Wert auf die Herstellung, daß er zahlreiche Verbindungen des inzwischen von ihm zur Kenntnis genommenen Artikels entschieden ablehnt.

Frommer Wunsch.



Der Eugenbergs-Nationale: „Ach würde sich doch bei uns in Deutschland auch endlich die Regierungsbildung nach mexikanischem Muster vollziehen!“

Mexiko im Bürgerkrieg.

Stadt Monterrey besetzt und zurückerobert.

New York, 6. März.

„Associated Press“ meldet aus Mexiko: Wie offiziell bekanntgegeben wird, ist die Stadt Monterrey von den Bundesstruppen zurückerobert worden. Auch Cordoba, im Staate Veracruz, ist von den Regierungstruppen wieder besetzt worden. In offiziellen Kreisen Mexikos ist man der Ansicht, daß die Regierungstruppen innerhalb von drei Tagen auch die Stadt Veracruz wieder besetzen werden.

Der Höhepunkt der Bewegung erreicht?

Mexiko-City, 6. März. (Eigenbericht.)

Der Zustand in Veracruz wird von der Regierung als nicht besonders umfangreich angesehen. Sie hat das Hauptkontingent der regierungstreuen Truppen gegen den Rebellengeneral Escobedo vorgeschickt. Dieser hat, vom Cosmullaslat kommend, die Stadt Monterrey besetzt, die von 250 Mann Regierungstruppen

jäh verteidigt wurde. Der Führer der Verteidigung, General Juriaga, ist im Kampf gefallen. Die Verbindung der Hauptstadt mit dem Norden und Osten des Landes ist völlig unterbrochen. Anscheinend hat die Rebellenbewegung jetzt den Höhepunkt ihrer Ausbreitung erreicht. Doch dürfte die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

Die Regierung hat am Mittwoch Preiskontrollkommissionen gegen die Gefährdung der Lebensmittelversorgung der Hauptstadt durch Spekulanten eingesetzt.

(Durch die obige Meldung zum Teil überholt. Red.)

Auch die Flotte meutert?

London, 6. März. (Eigenbericht.)

Aus Mexiko eingetroffene unbefähigte Nachrichten belagen, daß die mexikanische Flotte zu den kassidischen übergegangen ist und die Regierung jetzt außer von Nordwesten und Südosten auch von der See her gefährdet sei.

Justizdebatte im Landtag.

Der Strafvollzug in Preußen

Im Preussischen Landtag gab am Mittwoch zunächst Abg. Enz (Soz.) eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung ab, in der er Angriffe des Abg. Kaufmann (Natio.) auf die Allgemeine Ortskrankenkasse überließ als völlig unbegründet zurückweist.

Ein sozialdemokratischer Antrag zur Verringerung der größten, durch völlige Fehlleistung verschuldeten Vor den Steuerleuten und Leuten des Rheinstroms und der Zwangsarbeitsträger haben eine angemessene Unterstützung zu gewähren, wird ohne Rücksicht dem Hauptauschuß überwiesen.

Demnach wird die allgemeine Aussprache über den Haushalt der Justizverwaltung zunächst zu Ende geführt. — Beim Abschluß „Strafvollzug“ nimmt zunächst das Wort

Justizminister Dr. Schmidt:

Der Strafvollzug ist nicht nur ein juristischer und nermalungstechnischer Vorgang, sondern eine Aufgabe von hoher gesellschaftlicher und kultureller Bedeutung. Ohne den Schutz der Gesellschaft vor Berufsverbrechern außer acht zu lassen, sollen die Gefangenen nach Möglichkeit zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft erzogen werden. Das geeignete Mittel ist der Strafvollzug in Stufen. Gemüthsverbrecher, die nach ärztlicher Ansicht eine gesellschaftliche Wiedereingliederung nicht gewährleisten und geistig schwer minderwertige Verbrecher sollen in diesen stufenweisen Strafvollzug nicht einbezogen sein. Auch die Erstbestrauten sollten von Vorbestrauten möglichst getrennt untergebracht werden.

Ein geordneter Strafvollzug ist nur durch regelmäßige Beschäftigung der Gefangenen durchzuführen. Dabei muß besonderer Wert auf die Weiterbeschäftigung der Gefangenen in ihrer früheren beruflichen Tätigkeit gelegt werden.

Die Aufgaben des Strafvollzugs könne nicht allein von Juristen, sondern nur durch Mitarbeit des Arztes, des Pädagogen, des Psychologen und des Seelsorgers gelöst werden. In erster Linie ist der Strafvollzug eine Personalfrage, deshalb wird auf sachgemäße und sorgfältige Aus- und Fortbildung der Beamten großer Wert gelegt.

Der Minister geht sodann auf die bekannnten Ereignisse in der Sonnenburger Anstalt ein. Hier habe die örtliche Zeitung verlegt.

Der Rückgang der Zahl der Gefangenen habe es möglich gemacht, neben vielen kleinen Gefängnissen die Zuchthäuser in Werden, Elstertal, Sagan und Striegau aufzugeben.

Auch das Zuchthaus in Ludau, die alte Anstalt in Brandenburg sollen nach Fertigstellung des neuen Zuchthaus Brandenburg geschlossen werden. Auch eine Uebertragung der Unterbringungshaltung ist in Vorbereitung. Diese soll dabei mehr als bisher den Charakter einer vorläufigen Sicherheitsmaßnahme erhalten.

Besonders tatkräftig werde die Fürsorge für die entlassenen Strafgefangenen gefördert durch Einrichtung und Unterstützung von Uebergangsheimen und durch enge Zusammenarbeit mit den Organen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege. Sobald die Neubearbeitung des Strafvollzugs abgeschlossen sei, werde eine Neufassung der Entlassenenfürsorge regenden Bestimmungen erfolgen.

Abg. Dr. Veitberg (Dnat.) meint, daß es nicht nur auf einen humanen Strafvollzug, sondern auch auf eine wirksame Bekämpfung des Verbrechertums ankomme.

Abg. Dr. Weller (Z.) fordert die Mitwirkung des Arztes beim Strafvollzug. Die Stellung des hauptamtlichen Gefängnisarztes sei endlich einzuführen. Für das Zentrum sei im Strafvollzug maßgebend Gerechtigkeit, Menschlichkeit und der Schutz der Gesellschaft.

Abg. Menzel (Komm.) wirt dem Ministerium vor, daß die Gefangenen um den Ertrag der Gefängnisarbeit betrogen werden. Der stufenweise Strafvollzug sei nur eine Spielerei und die angebliche Humanität Heuchelei. Er verlangt eine Reihe von Beschwerden über Mißhandlungen in den Strafanstalten vor.

Abg. Gehrmann (Soz.):

Wir begrüßen die Auffassung des Ministers in bezug auf die Umgestaltung des Strafvollzugs. Aber erst wenn seine Auffassung über den modernen Vollzug übergeht auf seine Beamten, werden wir von allen Vorkerkungs- zum Erziehungsstrafvollzug kommen! Die Durchführung des stufenweisen Strafvollzugs bedeutet vielsach noch an der Einrichtung der heutigen Gefängnisse. Das hat der Minister selbst erkannt, als er geforderte Gefängnisse für die ein-

zelnen Stufen in Aussicht stellte. Das ist sowohl im Interesse der Gefangenen, der Strafanstalten und auch der Staatsfinanzen notwendig. Soweit Neubauten hierzu erforderlich sind, sollten die Mittel dazu nicht kostförmlich angefordert werden.

Mit besonderer Genugtuung begrüßen wir das Bestreben des Ministers, mehr als bisher die Kräfte zur Mitwirkung am Strafvollzug heranzuziehen. Wir unterstützen die Forderung, in jeder Anstalt einen hauptamtlichen Gefängnisarzt anzustellen. Ebenso notwendig ist die Hinzuziehung von Spezialärzten und die Einrichtung eigener Krankenanstalten, weil nur auf diese Weise das Entweichen von Strafgefangenen verhindert werden kann.

Unsere Ansicht über die Fürsorge für entlassene Strafgefangene weicht allerdings erheblich von der der bürgerlichen Parteien ab. Damit will ich nichts gegen die private Fürsorge im allgemeinen sagen, aber hier ist sie in der hauptache Aufgabe des Staates. Die nach vorhandenen Hemmungen beim Finanzminister müssen beseitigt werden, um noch mehr staatliche Fürsorge einzustellen. Solche Beamte machen sich schon durch die Verhütung von Rückfällen bezahlt.

Was nützen aber alle schönen Deklamationen über einen humanen Strafvollzug, wenn es an der nötigen Ausbildung der Beamten fehlt. Hier kann nur die Errichtung einer Schule und systematische Schulung helfen. (Sehr wahr! hat den Soz.)

In bezug auf die Beschäftigung der Strafgefangenen hat unsere Kritik fördernd gemittelt. Die Beschäftigung mit unnützem Kram, wie Lattenflechten usw., muß verschwinden und endlich hochwertige und qualifizierte Arbeit gestattet werden.

Der Redner legt sich sodann mit den Ausführungen des Abg. Menzel (Komm.) auseinander, der es aber bei aller Kritik unterlassen habe, seine angelegentlichste Schilderung über vorbildliche russische Gefängnisse zu geben. Er verliest Briefe von Augenzeugen über staatsbildende Zustände in russischen Gefängnissen und schließt: Wir sehen die Schäden in unserem Strafvollzug und arbeiten an ihrer Beseitigung, aber die Kommunisten haben nicht eher ein Recht zur Kritik, als sie uns beweisen, daß sie es in Ausnahm besser machen. (Beifall bei den Soz.)

Nach weiterer Aussprache verlegt sich das Haus auf Montag, den 18. März, 1 Uhr. Tagesordnung: Einzelberatung des Justizhaushalts. Etat Porzellanmanufaktur und Staatsbank.

Gegen den bayerischen Titelunfug.

Auch in Bayern regt sich Widerspruch.

München, 6. März. (Eigenbericht.)

Der Reichsinnenminister hat in seinem Kampf gegen den bayerischen Titelunfug einen unerwarteten Bundesgenossen erhalten. Im Bayerischen Landtag erklärte am Mittwoch der dem Bauernbund, also einer Regierungspartei angehörende pfälzische Abgeordnete Runzenberger mündlich folgendes:

„Das Ausmaß, in dem Titel verliehen werden, müßte doch eingeschränkt werden. Ich will dem sozialdemokratischen Reichsinnenminister nicht das Wort reden, aber ich sage, er hat völlig recht, wenn er gegen den Titelunfug in Bayern einmal eingreift, und ich würde es begrüßen, wenn er durch den Staatsgerichtshof erreichen würde, daß auch in Bayern die Titel in Zukunft unterbleiben müssen.“

Die Reichsreform.

Ein Vorschlag zur Organisation der Länder.

Der Unterausschuß des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz hatte bei seinem letzten Zusammentritt einige Mitglieder mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Frage der Organisation der Länder beauftragt. In Ausführung dieses Auftrages haben heute Ministerialdirektor Dr. Brecht und Ministerialdirektor Dr. Voeglich-Hestler zugleich im Namen der beiden anderen Berichterstatter dem Reichsminister des Innern als Vorsitzendem des Unterausschusses ein von den vier Berichterstattern gemeinsam ausgearbeitetes Referat vorgelegt. Die Vorschläge werden Anfang der nächsten Woche veröffentlicht.

Verräterisches Doppelspiel.

Die Betriebsrätewahlen als Spaltungsmanöver.

Die bevorstehenden Betriebsrätewahlen sollen laut Anweisung aus Moskau die Einleitung sein zur Spaltung der freien Gewerkschaften in Deutschland. Moskau will bei den Betriebsrätewahlen die Probe aufs Exempel machen, um festzustellen, wie groß die Zahl der Mitläufer ist, die bereit sind, hinter der Sowjetfahne herzumarschieren.

Natürlich weiß man in der KPD., daß auf solche Truppen kein Verlaß ist. Aber in der KPD. hat man längst die Hoffnung ausgegeben, es jemals zu einer großen Arbeiterorganisation zu bringen. Die Voraussetzung jeder starken Arbeiterorganisation ist der Erfolg bei der praktischen Arbeit. Die Voraussetzung jedes praktischen Erfolges ist die tägliche Kleinarbeit. Die bolschewistische Theorie vertritt sich aber nicht mit der täglichen Kleinarbeit und mit praktischen Erfolgen. Wenn man mit der Organisation von Putzern die Staatsmacht erobern will, dann muß man von vornherein seine Anhänger darauf dressieren, die praktischen Erfolge und die tägliche Kleinarbeit zu verachten und alles auf die Karte der Gewalt zu legen.

Die sogenannte Diktatur des Proletariats, wie sie von den Bolschewisten verstanden wird und die das Gegenteil der Diktatur des Proletariats ist, wie sie Marx und Engels vertreten haben, vertritt sich nicht mit der praktischen Gewerkschaftsarbeit. Die praktische Gewerkschaftsarbeit ist aufgebaut auf eine stete Aufklärungsarbeit sowohl der Berufstätigen wie der Öffentlichkeit. Nur überzeugte und nicht fanatisierte Anhänger können gewerkschaftliche Erfolge erringen. Nur Klassen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und nicht kleine Stöcktruppen von Kaufleuten können dem Unternehmertum Zugeständnisse abtrotzen. Nur geistig überlegene Vertreter der Arbeiterschaft können die Öffentlichkeit überzeugen, daß die Forderungen der Arbeiterschaft die Interessen der Gesamtwirtschaft nicht gefährden, sondern im Gegenteil fördern.

Es ist schon schlimm, daß die KPD. auf Grund der Anweisungen aus Moskau, auf Grund der bolschewistischen Theorie darauf verzichten muß, mit den Waffen des Geistes die Durchdringung der öffentlichen Meinung anzustreben. Es ist schon schlimm, daß an Stelle der Gewalt der Argumente die Argumente der Gewalt treten und daß organisierte Kaufleute im Auftrag der KPD. die Öffentlichkeit zu terrorisieren versuchen. Schlimmer noch ist, daß die Methoden der Gewalt, verbunden mit der von Lenin empfohlenen Methode

der Lüge, der List und des Verschweigens der Wahrheit innerhalb der Arbeiterorganisationen gleichfalls angewandt werden.

Wenn es erlaubt, ja sogar Parteipflicht ist, gegen die eigenen Klassenberufsgenossen mit Lüge, Hinterlist und Gewalt anzugehen, wenn es den Mitgliedern der KPD. auferlegt wird, innerhalb der Gewerkschaften mit solchen verwerflichen Methoden zu arbeiten, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Agitation unter den Unorganisierten nur in dem Maße Fortschritte macht, in dem der Einfluß der KPD. zurückgedrängt wird.

Der Gipfel der Unehrllichkeit ist aber zweifellos erklommen worden durch die gegenwärtige Kampagne bei den Betriebsrätewahlen. Den Anhängern der KPD. wird zur Pflicht gemacht, innerhalb der Gewerkschaften tätig zu sein. Es wird von ihnen verlangt, sich dort nach Möglichkeit des Gewerkschaftsapparates zu bemächtigen. Gleichzeitig haben die Mitglieder der KPD. aber die Pflicht, sich mit den christlichen und hirsch-dunderschen Gewerkschaften zu verbünden, ja sogar und vor allem mit den Unorganisierten zusammenzugehen, um die freien Gewerkschaften zu bekämpfen.

Man verlangt also von den Mitgliedern der KPD. ein verräterisches Doppelspiel, das so verwerflich und niedrig ist, daß eigentlich jeder aufrechte Mensch mit Ekel eine derartige Zustimmung von sich weisen müßte. Gewiß ist die Zahl derer, die eine solche Zustimmung ablehnen, im Wachsen. Aber es ist doch beschämend für die deutsche Arbeiterklasse, daß es in den Gewerkschaften Mitglieder gibt, Vertrauensleute ihrer Kollegen, die ein derartiges Doppelspiel mitmachen.

Es ist ohne weiteres klar, daß die Gewerkschaften sich gegen einen solchen organisierten Verrat zur Wehr setzen müssen. In der KPD. hat man nun die Unverschämtheit, über „Spaltung der Reformisten“ zu schreiben. Was würde wohl die KPD. tun, wenn die Gewerkschaften von ihren kommunistischen Mitgliedern verlangen würden, sie sollten sich ihrer politischen Partei gegenüber so aufstellen, wie die KPD. es von ihren Mitgliedern gegenüber den freien Gewerkschaften fordert? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.

Die Gewerkschaften denken nicht daran, ihren Mitgliedern Vorschriften zu machen für ihre Tätigkeit außerhalb der Gewerkschaften. Aber was innerhalb der Gewerkschaften geschieht, dafür sind allein entscheidend die Beschlüsse und Sagen der Gewerkschaften.

Lohnbewegung in der Metallindustrie.

Die sächsischen Verhandlungen gescheitert.

Dresden, 6. März.

Die Lohnverhandlungen in der sächsischen Metallindustrie sind gescheitert. Die Ansichten der Parteien über den materiellen Inhalt der zu treffenden Vereinbarungen gingen so weit auseinander, daß ein Ergebnis nicht erzielt werden konnte. Auch die Verhandlungen über die Wahl des Vorsitzenden eines nach den Bestimmungen des Mantelgesetzes zu bildenden Schiedsgerichts scheiterten, so daß nunmehr der sächsische Schlichter angerufen werden muß.

„Gemäßigtere Betriebsräte.“

Der fromme Wunsch der Bankleitungen.

Bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen im Bankgewerbe haben die Angestellten überall im Reich Gelegenheit zu entscheiden, ob sie sich noch länger von ihren Filialdirektoren abhängig machen lassen wollen oder ob auch sie sich wie die übergroße Mehrzahl der Angestellten in den Hauptniederlassungen zur freigewerkschaftlichen Organisation, dem Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten, bekennen wollen. Wie bisher im Bankgewerbe an den Plätzen, wo die freigewerkschaftliche Bewegung der Bankangestellten noch nicht Wurzel gefaßt hat, Betriebsräte „gemacht“ wurden, zeigt das Protokoll einer der Hauptversammlungen des Reichsverbandes der Bankleitungen. Es heißt da wörtlich:

„Auf der Hauptversammlung wurde darauf hingewiesen, daß in verschiedenen Zweigniederlassungen von Großbanken in diesem Jahre keine Wahl zum Betriebsrat zustande gekommen sei. Darin liege eine große Gefahr im Hinblick darauf, daß die in den Aufsichtsrat zu entsendenden Betriebsratsmitglieder von sämtlichen Betriebsvertretungen des betreffenden Unternehmens gewählt würden. Es sei erwünscht, daß bei diesen Wahlen die radikalen Betriebsvertretungen der Hauptniederlassungen ein Gegengewicht in den gemäßigteren Betriebsräten aus dem Reich fänden.“

Das ist das Rezept, wonach im deutschen Bankgewerbe die Betriebsvertretung gemacht werden soll. Die Belegschaften der Hauptniederlassungen der Großbanken, die nach Tausenden zählen, wählen auf vielleicht 250 Angestellte ein einziges Betriebsratsmitglied. 250 Mann Kopfstärke ist aber ungefähr die Stärke einer mittleren Filiale einer Großbank. Diese „gemäßigte“ Belegschaft, wie sie bezeichnenderweise der Arbeitgeberverband nennt, wählt sogar, wenn sie nur 101 Arbeitnehmer zählt, nach dem Betriebsratsgesetz 6 Mitglieder in den Betriebsrat hinein. Man kann sich daraus ungefähr ein Bild machen, welche Majorisierung mit Hilfe relativ kleiner Filialbetriebe eintreten kann. Daß sie in der Tat auch unter gültiger Aufsicht der einzelnen Banken und des Reichsverbandes der Bankleitungen eintritt, zeigt die Statistik des Deutschen Bankbeamtenvereins. Seine heutige Majorität verbannt er der Kruden, von denen das Protokoll des Reichsverbandes der Bankleitungen spricht.

Auch Ausländer in der Sonderfürsorge.

Entscheid des Reichsarbeitsministers.

Wie sieht's mit der Sonderfürsorge bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit für Ausländer und Staatenlose? Da die Frage strittig und in erster Linie Gegenstand der Auslegung war, für die die Spruchbehörden zuständig sind, hat der Reichsarbeitsminister

den Präsidenten der Reichsanstalt ersucht, anzuordnen, daß Ausländer und Staatenlose von den Arbeitsämtern ebenso behandelt werden wie deutsche Reichsangehörige. Von der Prüfung der Bedürftigkeit abgesehen, sollen die Leistungen der Sonderfürsorge für die Zeit, in der die Leistungen der Arbeitslosenversicherung nicht gewährt werden, an deren Stelle treten.

Die Auffassung des Reichsarbeitsministers entspricht zweifellos dem Willen des Reichstages, und die Spruchinstanzen werden sich sicherlich dieser Auffassung anschließen. Damit ist die Streitfrage, ob Ausländer oder Staatenlose Sonderunterstützung bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit erhalten, praktisch geklärt.

Lohnerhöhung für Handelsarbeiter.

In der Engros-Konfektion.

Die Bekleidungsindustriellen hatten den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedspruch abgelehnt. Auf Beschluß der Branchenversammlung der Handelsarbeiter der Engrosfabrikation im Deutschen Verkehrsbund wurde der Schlichter für den Bezirk Brandenburg angerufen, der folgenden verbindlichen Spruch fällt:

„Die Parteien nehmen den Schiedspruch vom 11. Februar 1929 mit der Maßgabe an, daß die Auszahlung der im Spruche vorgesehene erhöhten Löhne erstmalig mit der Lohnwoche erfolgt, in die der 4. März d. J. fällt.“

Die Löhne erhöhen sich daher ab 1. März 1929 um etwa 3 Proz. und ab 1. April um etwa 7½ Proz. pro Woche. Tarifabzüge sind im Bureau des Deutschen Verkehrsbundes, Zimmer 31, erhältlich.

Angestelltenkonflikt in der Süßwarenindustrie.

Die Genosse Lache in der Versammlung der Angestellten des Berliner Nahrungsmittelgewerbes am Dienstag im Palais des Zentrums“ mitteilte, haben die am gleichen Tage vor dem Schlichtungsausschuß geführten Verhandlungen wegen des Abschlusses eines Tarifvertrages mit der Schokoladen- und Süßwarenindustrie wiederum zu keinem positiven Ergebnis geführt. Während die Unternehmer in den letzten Verhandlungen es ablehnten, eine „schematische“ tarifliche Bindung einzugehen und die Forderungen der Angestelltenvertreter auch nur einer näheren Prüfung zu unterziehen, redeten sie sich in der Verhandlung am Dienstag darauf hinaus, daß ihnen die Forderungen der Angestellten gar nicht bekannt seien.

Die Angestelltenvertreter erwiderten den Unternehmern darauf, daß sie im wesentlichen nichts anderes fordern als die Zahlung solcher Gehälter, wie sie in den Richtlinien des Arbeitgeberverbandes festgelegt seien, die aber von den meisten Firmen nicht eingehalten werden. Die Angestellten wollen einen Rechtsanspruch auf Tarifgehälter haben und nicht nach ihnen unbekanntem Richtlinien bezahlt werden, die von den Unternehmern aufgestellt und obendrein nicht einmal eingehalten werden.

Als den Unternehmern die präzisierten Forderungen der Angestellten unterbreitet wurden, beantragten sie die Vertagung der Schlichtungsverhandlungen, um mit ihren Verbandsmitgliedern erst darüber zu beraten. Obwohl der Vertreter des VdB. der Vertagung widersprach, weil die Unternehmer lange genug Zeit hatten, sich mit den Forderungen zu beschäftigen und die Verhandlungen durch solche Manöver nur verschleppen wollten, hat der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses die Verhandlungen bis zum

15. März vertagt. Die Angeklagten werden voraussichtlich am gleichen Tage in einer Verammlung zu dem Verhandlungsergebnis Stellung nehmen.

Kommunisten als Arbeitgeber.

Die Alten werden auf die Straße gestoßen.

Die „Bergische Arbeiterstimme“ in Solingen, das Organ der kommunistischen Partei, ist infolge Differenzen zwischen der kommunistischen Geschäftsleitung und den organisierten Buchdruckern ab Montag, dem 4. März, nicht mehr erschienen. In diesem Betrieb, der von „Anienern“ kommunisten geleitet wird, herrschte ein Antireibersystem, wie es schlimmer in keinem kapitalistischen Betrieb zu finden ist. Besonders sind es ältere Buchdrucker und andere Arbeiter, die aus dem Betrieb ausgemergelt werden sollen, weil sie — nach Ansicht der kommunistischen Geschäftsleitung — veraltet sind. So sollte ein Buchdrucker, der 17 Jahre im Betriebe der „Arbeiterstimme“ tätig ist, auf die Straße geworfen werden.

Geschlossen wehrte sich die Belegschaft gegen diese brutale Maßnahme. Daraufhin wurden die Buchdrucker aufgefordert, den Betrieb zu verlassen. Der Geschäftsführer stellte sich auf den Standpunkt: Wer nicht mehr bei uns arbeiten will, kann gehen.

Es wird gespalten.

Kommunistische Landeszentrale in Griechenland.

Da der zweite Kongreß des dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) angeschlossenen Griechischen Gewerkschaftsbundes seinerzeit den Ausschluß der kommunistischen Delegierten beschlossen hat, sind nun die Kommunisten in Griechenland zur Gründung einer eigenen Landeszentrale übergegangen. In diesem Zwecke fand kürzlich ein von der kommunistischen Partei einberufener Kongreß statt, zu dem, abgesehen von verschiedenen Ortsstellen, folgende Berufsverbände Delegierte entsandten: Tabakarbeiter, Lebensmittelarbeiter, Lederarbeiter, Typographen, Bauarbeiter und Metallarbeiter. Ueber die Verhandlungen und ihre Resultate erhält der IGB von kompetenter Seite folgenden Bericht: „Alles in allem war der Kongreß ein Mißerfolg. Würde die kommunistische Partei nicht über finanzielle Mittel verfügen, so hätte er keine 50 Delegierte umfaßt. Was die internationalen Beziehungen der kommunistischen Zentrale betrifft, so ist sie der Roten Gewerkschaftsinternationale nicht angeschlossen, und zwar unter dem von den Führern geltend gemachten Vorwand, daß diese Internationale unter den griechischen Arbeitern nicht genügend bekannt sei. Diese Ausrede wird nämlich gebraucht, um bei den Arbeitern den Anschein zu erwecken, als ob es sich nicht um ein kommunistisches Manöver handle.“

Zwei Erwerbslosenräte vermisst.

Der sogenannte „Industrieverband für das Baugewerbe“, eine „parallele Massenorganisation“, hat auch in Dranenburg eine Zastelle, in der, getreu dem Programm des Industrieverbandes, die Führer des Deutschen Baugewerksbundes unausgesetzt beschimpft werden.

Einer der Schreier, der Kassierer Paul Gruhn, Raifrontkämpfer und Erwerbslosenrat, ist jetzt plötzlich abgereist, ohne seine neue Wäsche und die Vereinskasse zu hinterlassen.

Wahlrechtslose Gewerkschaftsmitglieder.

Gewerkschafts-„Spaltung“ in Rußland.

Aus Moskau wird berichtet: Nach einer Erklärung des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion können Gewerkschaftsmitglieder, denen das Wahlrecht entzogen wurde, nur noch während eines Jahres den Gewerkschaften angehören. Im Laufe dieser Zeit können sie bei den zuständigen Stellen um die Anerkennung des Wahlrechtes nachsuchen. Diejenigen, denen das Wahlrecht entzogen bleibt, werden nach Ablauf eines Jahres aus den Gewerkschaften ausgeschlossen.

Aus dieser Erklärung geht hervor, daß in Rußland renitente Gewerkschaftsmitglieder mit der Entziehung des Wahlrechtes bestraft werden, weiter aber, daß man selbst vor der „Spaltung“ durch den Ausschluß unerwünschter Genossen nicht zurückdreht.

Die „Opposition“ in Deutschland wird mithin nicht gut verlangen können, daß die deutschen Gewerkschaften russischer sein sollen als die russischen Gewerkschaften, vor Ausschüssen, die sie notwendig erachten, zurückstehen sollen, weil die Spalter über „Spaltung“ schreiben.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Freitag, Donnerstag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: Maabli: Gruppenheim, Jurastraße, Leiterer Str. 18-19, Heimbesprechung, Beispielsweise, Eintritt nur mit Verbandsbuch und Heimausweis. — Weidinger: Gruppenheim, Städt. Jugendheim, Orststr. 10, Wir geben zur Kreismitgliederversammlung. — Krenzler: Gruppenheim, Jugendheim, Schillerstr. 3, Heimbesprechung, Verbandbuchkontrolle. — Gelandenbrunn: Gruppenheim, Jugendheim, Heil Schule, Ostendeburger Straße, Kreismitgliederversammlung. — Landsberger Weg: Jugendheim des Oltens, Große Frankfurter Str. 18, Dornstraße 14, Sonntagabend. — Fildersberg und Kreuzberg: Jugendheim, Heil Schule, Berlin, Sonntag: „Aus der Entwicklung der Jugendbewegung“. — Köhler: Jugendheim, Reichsberger Str. 64 (Hauptbahnhof), Heimbesprechung, Komplexabend, Verbandbuch und Heimausweis mitbringen. — Krenzler: Gruppenheim, Jurastraße, 18-19, Heimbesprechung, Verbandbuchkontrolle. — Krenzler: Jugendheim, Ostendeburger Straße, Kreismitgliederversammlung. — Krenzler: Gewerkschaftliche Kampfmethoden, Eintritt nur mit Verbandsbuch und Heimausweis. — Krenzler: Sonntag, 9. März, 19 Uhr (Eintritt 19½ Uhr), im Sitzungssaal des ehemaligen Betriebsvereins, Leipziger Str. 2, Die ersten Schritte der Revolution“. Mitwirkende: Alfred Krenzler, Schüler der Staatlichen Hochschule für Kunst, Theaterfest Berlin-Weiß, 1928-29, Arbeitsbeilage 30 V, Eintrittskarten sind in den Jugendgruppen, in den Ortsvereinigungen der Verbände und in der Kreisgewerkschaftlichen Jugendzentrale, Engelstr. 24-25, Zimmer 7, zu haben.

Jugendrat des Zentralverbandes der Angestellten

Freitag, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Leipzig: Jugendheim, Wilhelmstr. 33, Wir lesen aus: „Bub und Mabel“. — Schöneberg: Jugendheim, Hauptstr. 13 (Lüdingenstraße), Gruppenbesprechung, Anschließend Vortrag des Kollegen Werner Feder über: „Wandern und Schauen“.

Kerentworth: Die Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Altmeyer; Gewerkschaftsbewegung: Richter, Götze; Revolution: Dr. John Schilowski; Laftals und Conhies: Reichsarbeit; Unwissen: U. Siedt; Lämmling in Berlin: Freitag: Formdeutscher Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Gewerkschafts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinner & Co. Berlin, Süd-Endestraße 2. Hierzu 2 Beilagen mit „Unterhaltung und Wissen“.

Radio? Selbstverständlich mit
TELEFUNKEN-RÖHREN
TELEFUNKEN

Die Schlammflut ist da!

Rinnsteine sind nicht gereinigt, Gullis sind verstopft.

Die Schneeschmelze hat mit Macht eingesetzt. Die Schneemassen lösen sich in Dred und Wasser auf, die Verschmutzung der Straßen und Wege kennt keine Grenzen.

Gewiß ist es für die Stadtverwaltung schwer, die ganzen Schneemengen dieses Winters auf einmal zu beseitigen. An die Straßenreinigung werden in diesem Jahr ganz besondere, seit langem nicht dagewesene Anforderungen gestellt. Aber auf einen besonders großen Uebelstand muß hingewiesen werden: bringende Aufgabe ist es, die Gullis und die Rinnsteine freizumachen. Hauptsächlich an den Straßenecken haben sich, und zwar gilt das vorzugsweise für die Außenbezirke und die Vororte, riesengroße Teiche gebildet, die ein Verkehrshindernis darstellen und die zu Fuß zu überqueren beinahe unmöglich ist. Besonders ältere, besetzte oder gebrechliche Leute sowie Kriegsbeschädigte steht man in diesen Tagen öfters hilflos an der Straßenecke: sie wissen nicht, wie sie über diesen Ozean von Schmutz hinwegkommen sollen! Krafträder, die an den Ecken anlangsaufen, lassen die dunkle Brühe in biden Strahlen auf den Bürgersteig spritzen, so daß die Passanten von oben bis unten mit Dred bedacht werden.

Es ist notwendig, daß zum mindesten hier die Verwaltung Berlins so schnell wie irgend möglich Abhilfe schafft. Die Polizei sollte dafür sorgen, daß die Autos langsamer fahren. Uebrigens kann man sehr wohl, falls die Autofahrer keine Rücksicht nehmen, sie wegen Sachbeschädigung haftbar machen.

Einer unserer Zeitungsfahrer, der ein Motorrad benützt, berichtet uns hierzu: „In diesen Tagen fuhr ich die Nordstraße in Richtung Potsdamer Straße entlang. Gleich hinter der letzten Unterführung sind große Böcher in der Fahrbahn, so daß man sie, namentlich bei der Schlammflut, nur mit Lebensgefahr passieren kann. Dazu kommt noch die mangelhafte Beleuchtung. Bei dieser Fahrt

habe ich mir meinen Scheinwerfer durch das dauernde Anprallen beschädigt, so daß ich meine Maschine schieben mußte. Deßhalb wäre ich ohne Licht weitergefahren, hätte ich mit einer Anzeige rechnen müssen. Zur Ruhe werden überall Plakate zur Unfallverhütung ausgehängt. Wo bleibt aber die Sicherheit auf der Straße für die Fahrer?“

Die Hochwassergefahr steigt. Schutzmaßnahmen überall eingeleitet.

Aus allen deutschen Stromgebieten liegen Meldungen vor, nach denen die Hochwassergefahr im Steigen begriffen ist. Behörden und Bevölkerung ergreifen alle Maßnahmen, um der Gefahr zu begegnen.

Das Rheineis bei Emmerich ist in Bewegung. Gestern mittag war eine größere Eiskübe, etwas über einen Kilometer lang, im Wanzen. Schiffe wurden wie Spielzeugschiffchen von der Stelle fortgeschoben. Das Wasser flieg zusehends. Die übrige Eiskübe fliegt noch fest. Somit ist die Wetterlage am Rhein zurzeit noch günstig. Für den Schutz der Drikschaften am Rhein ist alle Vorsorge getroffen worden.

Auf der Elbe ist es den Eisbrechern gelungen, bis Bauenburg vorzustoßen.

Auf der Seine wurden beim Schmelzen Graben, der sie mit der Elbe verbindet, durch eine Divisionsteilung Eispräparungen vorgenommen. Es wird damit der Gefahr begegnet, daß die Eisblöcke Brücken und alles, was in den Weg kommt, zu Tal reißten.

Hochwassergefahr bleibt auch im Mittellauf der Oder in hohem Maße bestehen. Besonders groß ist sie im Sandkreis Landsberg a. d. W., wo zum Teil uneingeschützte Barthebrudhöfer am schwersten ausgelegt sind. Der Landrat hat das Vieh aus zehn ungeschützten Drikschaften wegbringen lassen. Sehr bedrohlich ist auch die Lage für die an der Reihe und ihren Nebenarmen gelegenen Teile der Baupziger Tuchstadt Forst.

Die Aufsichtsbehörden betrieben und die nötigen Verhandlungen mit der Reichsbahn über die Gestaltung des Bahnhofes Potsdamer Platz geführt werden.

Der Zuhälter seiner Frau. Scheimer Terror des Ringvereins im Gerichtssaal.

Auf längere Zeit wurde der Schlosser Hermann Kugler unglücklich gemacht, der sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Zuhälterei zu verantworten hatte. Der Angeklagte gehört zu jenen gemeingefährlichen Elementen der Großstadt, die sich von Frauen ernähren lassen. In dem vorliegenden Falle hatte Kugler seine eigene Frau auf die Straße geschickt.

Gleich nach der Heirat hatte Kugler seine Ehefrau zu dem schimpflichen Gewerbe gezwungen. Er hielt sie die ganzen Jahre durch die rohesten Mißhandlungen und schwersten Beschimpfungen in Schrecken. Auf ihren Gängen machte er Kurfürstendam in ständiger Beobachtung ihres lauberen Ehemannes. Wenn sie nicht genug Geld heimbrachte, bekam sie ein blaues Auge. In der Wut riß der Unmensch dann seiner Frau die Kleider vom Leibe. Die Frau fürchtete sich vor Gericht, Auslagen zu machen und warf ängstliche Blicke nach dem Zuhälterraum. Amtsgerichtsrat Burkert schloß darauf die Öffentlichkeit aus, da ohnehin eine Gefährdung der Sittlichkeit zu erwarten war. Nachdem nun die Repräsentanten der Ringvereine verschwunden waren, aimete die Zeugin erleichtert auf und meinte: „Nun brauche ich ja keine Angst mehr zu haben.“ Trotzdem war

sie in den Beschuldigungen gegen ihren Ehemann sehr zurückhaltend und erklärte immer wieder, daß ihr an seiner Bestrafung nichts liege. Sie wollte weiter nichts, als nach den Jahren der Hölle auf Erden ihre Ruhe haben. Die Beweisaufnahme bestätigte in vollem Umfange die gegen den Angeklagten erhobene schwere Anklage.

Das Schöffengericht hielt es daher für angebracht, eine empfindliche Strafe zu verhängen und verurteilte Kugler zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. Wegen der Höhe der Strafe wurde der Angeklagte im Gerichtssaal verhaftet. Als er von der Anklagebank weg ins Gefängnis abgeführt werden sollte, reichte er zum Abschied seiner Frau die Hand, in demselben Augenblick aber erhob er den anderen Arm, um seinem Opfer mit der Faust ins Gesicht zu schlagen. Nur dem energischen Zugriff des Justizwachtmeisters Ruda war es zu danken, daß eine Ausschreitung im Gerichtssaal durch den Angeklagten verhindert wurde. Zehnminütend ließ sich Kugler dann abführen, ohne weiteren Widerstand zu leisten.

Zentraler Zeppelin-Flugplatz. Magistrat beschließt den Ankauf vom Flugplatz Staaten.

Der Magistrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, den Flugplatz Staaten für die Stadt zu erwerben. Es wird nicht nur der eigentliche Flugplatz in Berlin und Dalsgow in Größe von 263 Hektar erworben, sondern es werden auch hinzugekauft die sämtlichen Bau- und Industriegebiete zwischen den Hallen und dem Staaken Bahnhof in Größe von rund 35 Hektar. Die Stadt tritt gleichzeitig in die Optionsverträge ein, welche seitens der Zeppelinluftschiffbau-Gesellschaft mit der Flammwerke Staaten A.-G. abgeschlossen sind. Diese Optionen belaufen sich neben dem Hallengrundstück auch auf die Gelände zwischen der Filmhalle und der Feldstraße in Größe von 87 000 Quadratmeter zu einem Optionspreise von 5 Mark pro Quadratmeter. Der Magistrat bewertet die Hallen mit einem Preise von 2 Millionen, so daß für das gesamte Flugplatzgelände und Industriegebiete sich etwa ein Durchschnittspreis von 2 Mark pro Quadratmeter errechnet.

Die Stadt hat bei der Ausrüstung eine halbe Million anzuzahlen und eine weitere halbe Million am 1. Oktober dieses Jahres zu entrichten. Der Rest des Kaufgeldes soll auf eine längere Reihe von Jahren stehen bleiben und in der Zwischenzeit zu einem mäßigen Zinsfuß verzinst werden. Der Ankauf bezweckt die Sicherstellung eines Flugplatzes für Zeppelin-Luftschiffe im zentralen Europa.

Das tödliche Gas.

Gestern wurde der 46jährige Eisenbahnbetriebsrat Arthur Kiehl in seiner Wohnung in der Riedstr. 33 zu Friedenau durch Gas vergiftet leblos aufgefunden. Die hinzugerufenen Feuerwehr stellte Wiederbelebungsversuche an, die jedoch ohne Erfolg waren. Nach den polizeilichen Ermittlungen ist es das Opfer eines Unglücksfalles geworden. Der Hahn der Gaslampe war nur halb geschlossen, so daß größere Gas mengen ausströmen konnten, die den Tod des Mannes herbeiführten.

Am Ufer des Spandauer Schiffahrtskanals in der Nähe der Buttischbrücke sah gestern ein Spaziergänger einen Damenmantel und eine Handtasche liegen. Der merkwürdige Fund ließ auf einen Selbstmord schließen und der Mann alarmierte Polizei sowie Feuerwehr. Beim Aufsuchen des Batters stießen die Beamten nach einiger Zeit auf eine Frauenleiche. Wie aus Papieren hervorgeht, die in der Handtasche vorgefunden wurden, handelt es sich um eine Frau Karoline Kilmanski aus der Triftstraße 51. Der Grund zu der Verzweiflungsthat ist noch unbekannt.

Billige Fischlauge. Durch die eingetretene milde Witterung werden größere Fänge in Seezischen gemeldet und sind die Preise heruntergegangen. Vom Donnerstag und folgende Tage kommen zum Verkauf: Prima Koblau im ganzen Fisch pro Pfund 30 Pf. an, im Anschnitt entsprechend teurer. Ferner sind grüne Heringe preiswert, pro Pfund von 25 Pf. an.

Sitzungtempo im Schnellbahnausbau. Zwei neue Linien.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 6. März dem Ausbau der Verlängerung des Schnellbahneuges zugestimmt. Die Baukosten in Höhe von rund 80 Millionen Mark werden durch Zuschüsse des Staates und des Reiches (circa 15 Millionen Mark) und aus einer aufzunehmenden Anleihe der Berliner Verkehrs-A.-G. (65 Millionen Mark) zu decken sein. Es sollen gebaut werden:

Die Verlängerungen der Nord-Südbahn im Norden von Bahnhof Sosastraße bis Scharnweberstraße (2,05 Kilometer), im Süden von Tempelhof-Südring bis zum Teilsowkanal (1,7 Kilometer).

Der Stammstrecke der Hochbahn im Norden vom Bahnhof an der Wärsenstraße, der, wie wir bereits mitteilten, im Dezember dieses Jahres fertig gestellt sein soll, bis Breite Straße (Pankow) (1,75 Kilometer).

und der Bahn Gesundbrunnen-Neukölln im Süden von Thomasstraße bis zum Südring (Hermannstraße) 0,8 Kilometer, insgesamt rund 6,3 Kilometer.

Für zwei neue Linien, und zwar für die Linie Alexanderplatz—Leipziger Straße—Potsdamer Platz—Potsdamer Straße—Kleistpark (5,4 Kilometer) und die Linie Hallesches Tor—Potsdamer Platz—Lehrter Bahnhof—Kriminalgericht (5 Kilometer) sollen die Konzessionserteilung durch

Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heermann Mostar

Trost erwiderte an des Herzogs Stelle mit knappen Worten und ließ die Stadt Bernburg hochleben — man war ja ein bißchen enttäuscht, daß der Fürst nicht selbst gesprochen hatte, aber schließlich konnte man wirklich nicht verlangen, daß er nun die ungeheure Stadt gleich wieder hochleben ließ. Es folgte ein Vertreter der Geistlichkeit, es antwortete ihm der neue Führer der Bernburger Kriegsmacht, der Major von Zigaretz, der anfangs in wohlgeheuten Worten Christus als den besten Heerführer bezeichnete, dann aber aus dem Konzept kam und sich ebenfalls mit einem Hochruf aus der Affäre haß: „Unser Herr Jesus Christus — er lebe hoch, hoch, hoch!“

Alles stimmte ein, lediglich die Geistlichkeit hüßte sich in würdiges Schweigen; sie wäre anscheinend mehr für „Halleluja“ gewesen.

Und der Massenchor sang noch ein Lied, und das hohe Paar neigt den Hosenknöpfe bestiegen die Kutschen, und umdrängt und gefolgt von der jetzt etwas ruhigeren Bevölkerung ging zum Schloß, und für diesmal wars aus, aber am Abend sollte es ja noch Schloßbesichtigung geben —

Und die müdegetrampelte Landstraße draußen streckte sich erst jetzt endgültig erleichtert aus und ließ sich vom Nachmittagswind die Fahnenfäden und Stullenpapiere vom Rücken fegen: der eine Mensch, der jetzt schon aus dem einsam gewordenen Krumbholz trat, war ja noch zu tragen.

Er war so leicht geworden, daß sie ihn kaum spürte, kaum wiedererkannte: den schiefen Calm. Anderthalb Jahre Einzelhaft in verdunkelter Zelle — das nahm das Fleisch weg und ließ nur die Knochen, das machte die Augen schwarz, so daß die Sonne ihnen weh tat, das machte den Mund irre, daß er immer lauter Unverständliches vor sich hinsagte, wie es von einem ebenfalls krank geklitterten Geist diktiert wurde.

Der schiefe Calm schritt auf die Stadt zu, schiefes als je. Der Ausdruck seines Gesichtes war stumpf, nur die Stirn

faltete sich dunkel, glättete sich, fürchte sich wieder, in immerwährendem Wechsel; und als die ersten Häuser begannen und aus einem das breite Lachen eines heimgekehrten Festteilnehmers wieherte, zuckte Calm entsetzt zusammen und stoh durch das Friedhofstor, das an der gegenüberliegenden Seite der Straße einen trübdunklen Efeufranz in den Glanz des Tages wand.

Calm ging den menschenleeren Friedhofsweg entlang, sah unter den graugewordenen biden Brauen mit gequält blinzeln den Augen nach rechts und links, ging zuweilen zwischen Gräbern oder schlug die Zweige eines Lebensbaums auseinander. Er suchte etwas, schüttelte den Kopf, schien nicht zu finden.

Obt ging er die Wege auf und ab; die Röhle des Abends kam; ihn fröstelte. Endlich kam er an eine Ecke am rückwärtigen kleinen Tor: hier wurden Selbstmörder und Landstrolcher ohne geistlichen Beistand eingescharrt. Calm blieb stehen und starrte auf zwei Reihen von Gräbern, die ohne Schmutz und Stein von Estrich notdürftig überdeckt, höher ins dunkle Grün rissen. Seine Augen zählten: es waren zweimal sieben Gräber.

Sein Kopf fiel auf die Brust. Er hatte begriffen. Seine Hände hob'n sich abmehrend, als schoben sie eine Schuld weg, fielen wieder hilflos: diese Hände waren zu schwach geworden, um so etwas fortzuschleppen zu können.

Er trat einen Schritt näher, blieb wieder stehen. Wieder einen Schritt. Immer kleiner, zöger, furchtsamer wurden die einzelnen Schritte. Minuten dauerte es, bis er vor dem ersten Grab stand. Er schien den Hügel nicht zu sehen, tat noch einen Schritt, fiel —

Calm blieb liegen, drehte sich auf den Rücken, sah in den langsam erblässhenden Himmel. Seine Stirn wechselte noch immer zwischen Furchen und Glätte, zwischen Dunkel und Licht. Sie schien das Schlachtfeld des Kampfes zu sein, den der Geist hinter ihr kämpfte.

Als es längst dunkel geworden war, gegen neun Uhr, donnerte vom Schloß her ein Böllerschuß. Zischen, neues Krachen folgte.

Calm sprang auf. Er schien aus einem Traum zu kommen. Ueber dem Schloß war der Himmel rot.

„Jetzt brennt's!“, schrie er gellend. „Jetzt brennt's nummer!“

Er warf die hageren Arme empor, wollte zum Tor laufen, stürzte wieder — schlug hin, blieb wimmernd liegen,

schloß ein. Auch im Schlaf kämpfte seine Stirn, redete sein irrer Mund.

Die Herbstnacht war kalt. Beirunkene, die lange nach Beendigung der Schloßillumination über den Friedhof taumelten, sahen ihn nicht.

Erst am andern Morgen fand man ihn. Fieber und Frost schüttelten die schmerzenden Glieder. Man mußte ihn nach Hause tragen. Seine zuckenden Augen glitten über die Tubelshilder, die noch von gestern hingen.

15. Der goldene Schlüssel.

Der Kammerherr Wilhelm von Rügelen rannte in einer Sommernacht des Jahres 1858 in geradem grauenhafter innerer und äußerer Verfassung durch die Straßen — Gott sei dank nicht Bernburgs, sondern Eöthens, wo andere Leute Kammerherren waren, und wo ihn die Untertanen nicht kannten. Wo mochten die wenigen Passanten der nächsten Gasse in Gottesnamen lachen über seine wehenden Mantelschöße, über den krampfhaft mit zitterigen Händen festgehaltenen, fiedergeschmückten Hut, über die schon gebrechlichen und dennoch zur Halt verurteilten Beine, über den nach Atem sapenden Mund. Konnten sie wissen, was ihm passiert war, durften sie es wissen, was einem in untadeliger Pflichterfüllung ergrauten Herzoglich-Bernburgischen Kammerherrn passieren konnte. Aber alles lag an der verteuerten Eisenbahn, die Alexander Carl hatte bauen lassen. Wäre Durchlaucht nur, so fluchte der verzweifelte Kammerherr innerlich während des Laufens, bei seinem Versprechen geblieben, das er Anno 48, in Rügelens Gezwurm, der Bürgerdeputation gegeben hatte! Wäre Durchlaucht nur nicht zwecks einer Ausschöpfung ins Luftschloß seines Eöthener Reiters nach Biendorf gefahren, das an Anhalt-Bernburgs Grenze lag — dann hätte er auch die Kleinbahn nicht gesehen, die sein pompstiebender Verwandter sich hatte bauen lassen, um schneller und bequemer von seiner Stadt Eöthen in sein Schloß Biendorf zu gelangen; dann hätte Alexander Carl auch nicht jenes berühmt gewordene Wort gesprochen: „Jetzt will ich auch eine Eisenbahn haben, und wenn sie tausend Taler kostet,“ und den Plan auch ausgeführt, wenn auch einiges mehr gekostet hätte, das Dreihundertfache einmal! Und dann hätte der Kammerherr von Rügelen nicht im herzoglichen Salonwagen der Eisenbahn nach Dessau fahren müssen, sondern in der alten, lieben Kalesche, und als er die fürchterliche Geschichte bemerkte, hätte er den Wagen einfach noch einmal zurückfahren lassen — eine Eisenbahn aber ging nicht mehr zurück! (Fortsetzung folgt.)

Großbank Nummer 5.

Deutsche Bank ist die größte D-Bank geblieben. — Häufung von Reserven.

Mit der Deutschen Bank hat jetzt die dritte D-Bank und die fünfte Berliner Großbank ihren Jahresabschluss bekanntgegeben. Die Deutsche Bank, mit der besonders die Disconto konkurriert, ist die größte D-Bank geblieben. Sie hat heute 181 Niederlassungen, 103 Stadtniederlagen, darunter 37 in Berlin. Zum Verbaue anderer Banken hat sie einen guten Wagen. 1928 hat sie die Süddeutscher Bank aufgenommen, im Jahre 1929 ist die Osnabrücker Bank gefolgt. Das Jahr 1928 war für die Deutsche Bank

Scheinbar besonders glücklich.

Die Gesamtsumme der fremden Gelder, mit denen sie ihre Geschäfte macht, ist von 1872 auf 2454 Millionen, also um weit über eine halbe Milliarde oder um fast 30 Proz. in dem einen Jahr gestiegen. Aus Ägypten hat sie ihre fremden Gelder um 14,6 auf rund 105 Millionen erhöht.

Bei der Verwendung dieser Gelder zeigt sich in volkswirtschaftlicher Betrachtung dasselbe Bild wie bei den anderen Großbanken. Der größte Teil der neuzugegangenen fremden Gelder wurde für die Gewährung von Wirtschaftskrediten verwendet und nur ein geringer Teil der Spekulation zur Verfügung gestellt. Die Wechselbestände stiegen um 241 auf rund 672 Millionen Mark oder um 50 Proz., die auf Lagernde oder verfrachtete Waren gewährten Kredite stiegen um 140 auf 317 Millionen oder um rund 80 Proz. Die in laufender Rechnung gewährten Kredite erhöhten sich um 179 auf 1186 Millionen oder um mehr als 15 Proz. Dagegen wurden im Umkreis des Börsen- und Effektenverkehrs sehr viel weniger Gelder verwendet. Am Schluß des Geschäftsjahres waren die Börsen- und Lombarddarlehen gegen das Vorjahr um 25 auf 187 Millionen erhöht. Es zeigt so aus, als ob die Aktiengelder der Deutschen Bank sich im vergangenen Jahre so stark vermehrt haben, daß man trotz der rückgängigen Konjunktur, besonders im letzten Vierteljahr, die flüssig bereitgestellten Mittel nicht mit Absicht besonders gestärkt hat.

Die Gewinne scheinen besonders groß gemessen zu sein.

Wenn Herr Wassermann sagte, er hoffe, andere werden mir der Bilanz der Deutschen Bank ebenso zufrieden sein wie er es ist, so hat das seinen Grund. Rein äußerlich möchte das zwar anders scheinen; denn die Gesamtsumme der Einnahmen wird mit 128,1 gegen 129,1 Millionen um 1 Million niedriger ausgewiesen als im vorigen Jahr. Aber wenn das Konto der Provisionen, das bei anderen Großbanken entweder nicht oder nur sehr wenig gestiegen ist, mit 72,1 gegen 68,8 Millionen um fast 4 Millionen höher ausgewiesen ist — daneben sind die Zins- und Diskontoeinnahmen um 2,1 auf 50,0 Millionen erhöht —, dann ist an einer sehr beträchtlichen Steigerung der Gewinne kein Zweifel mehr möglich. Dafür spricht auch folgendes: Aus dem Wertpapier- und Konfortialgeschäft werden nur je 1,5 Millionen in die Einnahmen eingestellt, im ganzen nur ein Drittel gegenüber dem Vorjahr; der große Rest wird stille Reserve. Daraus ergibt sich sehr deutlich, daß die Einnahmen für 1928 viel höher sein müssen als im Jahre 1927.

Da man nur die gleiche Dividende von 10 Proz. auf das 150-Millionen-Kapital verteilen wollte, da die Handlungsunkosten mit 82,1 Millionen ja noch um 1,3 Millionen niedriger liegen als im Vorjahr und die Steuern mit 13,74 Millionen nur um 500 000 M. höher, mußte natürlich nach allen Regeln der Kunst an Gewinnen verstreut werden, was zu verstreuen war. Auf diese Weise kommt die Deutsche Bank zu einem Reingewinn von 23,87 gegen 23,58 Millionen im Vorjahr, der nur mit 15 Millionen für die Dividende gebraucht wird, mit 5 Millionen aber (gegen 2,5 im Vorjahr) die offene Reserve stärkt, den Beamtenpensionsfonds auf 8 Millionen erhöht (mit dem doppelten Betrag als im Vorjahr) und noch eine Sonderabrechnung von 1,5 Millionen auf den Grundbesitz erlaubt.

Dazu brachte das Jahr 1928 noch einen in der Bilanz bisher nicht aktivierten reinen Vermögenszufluß von 13 Millionen Mark aus der Freigabe von in Amerika beschlagnahmten Vermögen, aus dem weitere 7,5 Millionen an die offene Reserve gehen, so daß sich diese bei einem Kapital von 150 Millionen jetzt auf 90 Millionen oder 60 Proz. des Kapitals erhöht.

Dem Personal wurde eine gewaltige Arbeit zugemutet. 1927 war der Umsatz um 42 auf 207 Milliarden gestiegen; das Personal wurde um 1 000 Köpfe reduziert. 1928 stieg der Umsatz um 18 auf 225; weitere 500 Mann wurden entlassen. Das muß beachtet, daß auch in der Deutschen Bank nicht vergessen werden.

Volkswirtschaftlich interessante Mitteilungen.

Der gedruckte Geschäftsbericht der Deutschen Bank liegt noch nicht vor, aber in der Pressebesprechung hat Direktor Wassermann einige Ausführungen gemacht, die auch volkswirtschaftlich von Bedeutung sind und darüber hinaus von einem Willen zur Publizität sprechen, wie er bei der Deutschen Bank zwar vorausgesetzt wird, bei anderen Banken nichtsdestoweniger zur Nachahmung empfohlen sei. So wurde gesagt, daß der Anteil der ausländischen Gläubiger an den fremden Geldern in allen inländischen Niederlassungen auf 35 Proz. gestiegen sei. Von den im Inland in Reichsmark gewährten Krediten entfallen dem Betrage nach 18 Proz. auf Kredite bis 5000 M., 26,50 Proz. auf Kredite von 5000 bis 50 000 M., 6,42 Proz. auf Kredite von 50 000 bis 100 000 M., 16,95 Proz. auf Kredite von 100 000 bis 1 Million Mark und 32,04 Proz. auf Kredite von über 1 Million Mark. Die in Reichsmark gewährten Kredite haben sich um 26,4 Proz. erhöht. Auf der anderen Seite entfallen auf die in Reichsmark heringekommenen fremden Gelder (Kreditoren) 80 Proz. aller Konten (!) auf Beträge bis zu 5000 M. und 97,5 Proz. auf Beträge bis zu 20 000 M. Hier wäre wünschenswert, daß nicht nur die Kontenzahl, sondern auch die betreffenden Kreditorensummen aufgeführt würden. Soweit wie die Wülfand-Bank, nämlich bis zur Verteilung der Kredite an die einzelnen Industrien, ist auch die Deutsche Bank hier noch nicht gegangen.

Die Sicherheit des Wechseldiskontogeschäftes, damit die Sicherheit im Wirtschaftlichen allgemein, kennzeichnet eine andere Ziffer. Von den 2 Milliarden Mark (ohne Bank- und Schatzwechsel) bei der Zentrale im Jahre 1928 heringekommenen Wechseln kamen 0,53 Proz. zu Protest, d. h. sie fanden bei der Ein-

lösung Schwierigkeiten. Bank- und Schatzwechsel offenbar eingeschmolzen auf den einzelnen Wechsel im Durchschnitt ein Betrag von 1626 M.

Neues zur Konjunktur. — Selbstfinanzierung und stille Reserven in der Wirtschaft.

Recht wertvoll scheint uns ein Versuch von Prof. Dr. Palyi, über dessen Ergebnisse wir nach dem Vorliegen des Geschäftsberichts noch Näheres mitteilen wollen. Dr. Palyi hat bei 500 der Deutschen Bank nachfolgenden Unternehmungen eine Statistik über die Entwicklung der Vorräte im vergangenen Jahr aufgenommen, aus der sich ergeben soll, daß im Laufe des letzten Jahres Vorräte im erheblichen Maße verkauft worden seien, woraus sich allein erklären lasse, daß bei gleichgebliebenem inländischen Umsatz und im wesentlichen nicht veränderter Produktion dennoch der Export um eine Milliarde vermehrt werden konnte. Eine Feststellung, die denjenigen des Konjunkturinstituts nicht ganz entsprechen würde.

Herr Wassermann von der Deutschen Bank gehört erfreulicherweise nicht zu den kapitalistischen Unternehmern, die aus ihrem Herzen eine Rörbergrube machen. Er ist der Meinung, daß die Unternehmungen so viel als möglich Selbstfinanzierung treiben und stille Reserven aufhäufen sollen. Das gelte insbesondere für die Banken. Daß das ehrlich und volkswirtschaftlich gedacht sei, ergebe sich daraus, daß die Direktoren von Großbanken als Großaktionäre ihrer Institute ja selbst ein Interesse daran hätten, möglichst viel Dividende zu bekommen, daß sie aber als Mitglieder der Bankverwaltung eventuell Prozesse gegen die Aktionäre führen, um, wie er kühn sagte, „das Dividendeneinkommen der Direktoren nicht zu erhöhen“. Er sprach dabei von der deutschen Volkswirtschaft als einem Knaben, der heute erst fünf Jahre alt sei seit dem vollkommenen Zusammenbruch der Inflation. Es sei falsch, wenn dieser Knabe danach strebe, allzu schnell ein Mann zu werden. In dieser Linie liege auch die Begründung, weshalb Selbstfinanzierung und Bildung stiller Reserven volkswirtschaftlich eine Notwendigkeit sei.

Wir finden von diese Art der Begründung sehr offen, menschlich und nett. Wir glauben nichtsdestoweniger, daß Herrn Wassermanns Anschauungen falsch sind. Ganz abgesehen davon, daß seine Kollegen in Banken und Industrie Selbstfinanzierung treiben und stille Reserven bilden, das vor der Öffentlichkeit aber streng geheim halten, und dann nicht genügend sammeln und schimpfen können über sozialpolitische Verschwendung und steuerpolitische Auswucherung, scheint es uns auch für die Wirtschaft nützlich, wenn die Banken zuerst einmal ihre Kreditgewährung verbilligen. Denn billigere Kredite, geringere Provisionen und eine kleine Zinsmarge nützen der Volkswirtschaft durch Kostenentlastung mehr als große Gewinne durch unangemessene Kapitalpreise, die nur durch die Erhöhung des Kreditkosten in der Wirtschaft erreicht werden können.

Arbeitslosigkeit auf dem Höhepunkt.

Die Arbeitslosigkeit ist in der Woche zum 2. März nach den Berichten der Landesarbeitsämter noch langsam gestiegen, sie hat damit den Höchststand des Krisenjahres 1928 um etwa eine halbe Million überschritten. Neben den unmittelbaren Folgen des Winters treten wachsend mittelbare Folgen auf. Infolge Kohlenmangels sind immer noch Betriebe geschlossen. Die völlige Arbeitsruhe auf dem Baumarkt drückt schwer auf die Entwicklung im Metall- und Holzgewerbe. Die Kauflust ist geschwächt, zumal der große Bedarf an Hausbrand sie von sonstigen Verbrauchsgütern abzog.

Berliner Konsum im Februar.

Wieder 30 Prozent Umsatzsteigerung in der RDB.

Trotz der durch die schwere Kälte stark gestiegenen Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Kaufkraftverlusten vieler Zehntausende von Mitgliederfamilien konnte die Konsumgenossenschaft Berlin im Februar ihren Umsatz gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 1 312 996 Mark von 4 416 887 auf 5 729 885 Mark, d. h. um 29,7 Proz. erhöhen. Dabei hatte der diesjährige Februar einen Verkaufstag weniger als der Februar 1928.

Die Fleischabgabestellen haben mit 113,8 Proz. ihren Umsatz am stärksten erhöht, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß ihre Zahl innerhalb Jahresfrist von 17 auf 29 vermehrt wurde. Die Warenhausabteilung bleibt sehr interessanterweise hinter dem Durchschnitt der Umsatzvermehrung mit 15,8 Proz. Steigerung zurück. Hier zeigt sich kessercharf, wie die verringerte Kaufkraft der Massen in erster Linie den Lebensdringlichsten Bedarf befriedigt und den Einkauf von Bekleidung, Wäsche und Hausrat aus Zwang vernachlässigt.

Der Mitgliederzustrom zur Genossenschaft hält unvermindert an; 2 848 Familien schlossen sich im Februar der Genossenschaft an. Die Mitgliederzahl stieg auf 168 023, die bisher allerhöchste, selbst in der Inflation mit ihren Papiergeldaten nicht erreichte Ziffer. Das einzelne Mitglied hat auch erheblich mehr gekauft; im Februar 1928 nur für 29,62 Mark, im Februar 1929 dagegen für 34,10 Mark.

In der Sparkasse der RDB überstiegen die Einzahlungen um 1 091 285 Mark die Auszahlungen. Der Einlagenbestand stieg damit zum Februarende auf 32 507 890 Mark.

Große Steigerung der Delausbeute bei der Shellgruppe. Einen mächtigen Aufschwung hat im letzten Jahre der englisch-holländische Oelförderer der Shellgruppe, das Unternehmen des bekannten Bolschawistenressers Deterding, genommen. Die jetzt bekannt gewordenen Produktionsziffern an Rohöl schlagen alle bisherigen Rekorde. Während die Förderung im Jahre 1926 nur 15,5 Millionen Tonnen betrug und im folgenden Jahre sich auf 16,9 Mill. Tonnen erhöhte, stieg sie im letzten Jahre sprunghaft auf 22,1 Mill. Tonnen. Da die Weltproduktion 1928 auf etwa 190 Mill. Tonnen geschätzt werden kann, ist der Anteil der Shellgruppe in einem Jahre von 9,5 auf über 11,5 Proz. gestiegen. Die stärkste Zunahme von den einzelnen Feldern der Gesellschaft hat Venezuela aufzuweisen, das mit rund 7 Mill. Tonnen eine Steigerung seiner Ausbeute um mehr als 60 Proz. gegenüber dem Vorjahre aufweist.

Niederschlesischer Bergbau.

Der Montantruf im Waldenburger Hungergebiet.

Der Zusammenschluß der Waldenburger Kohlenzeden und die vor anderthalb Jahren erfolgte Gründung der Niederschlesischen Bergbau-L.G., die außer dem Grundbesitz des Fürsten Tief sämtliche Zeden dieses Reviers vereinigt, war von der Rotdifferenz. Der Waldenburger Kohlenbergbau besitzt zwar reiche Kohlenorkommen in Höhe von etwa 600 Millionen Tonnen, doch arbeitet er unter den denkbar ungünstigsten geologischen Verhältnissen. Auch der Eigenverbrauch des Reviers beträgt wegen der fehlenden Großindustrie nur 10 Proz., während er in anderen Steinkohlenbezirken bis zu 60 Proz. steigt. Die Waldenburger Zeden sind also fast ausschließlich auf Fernabfuhr angewiesen, der aber seinerseits durch die schlechten Frachtoverhältnisse sehr erschwert ist.

Die Verlustwirtschaft der Zeden vor der Verschmelzung, die nicht einmal durch die Konjunktur des deutschen Kohlenbergbaues 1926/27 beseitigt werden konnte, stampelte das Waldenburger Kohlenrevier mit seinen rund 27 000 Mann Gesamtbeschäftigung zu einem der finsternsten Elendsgebiete in Deutschland ab.

Der jetzt veröffentlichte erste Jahresabschluss des neuen Montantrufs läßt aber unzweifelhaft Erfolge der Verschmelzung und eine gewisse Entspannung der Lage erkennen. Das Gesamtergebnis der Kohlenförderung ist mit 3,56 Millionen Tonnen günstig. Auch die Kohproduktion weist mit rund 715 000 Tonnen höhere Ziffern aus. Die Beschäftigung des Unternehmens ist um etwa 1500 auf insgesamt 17 000 Mann zurückgegangen, so daß die Leistungen je Kopf und Schicht sich bedeutend erhöht und zu sinkenden Selbstkosten geführt haben.

Bei gutem Absatz und bis zum Sommer gleichfalls befriedigendem Kohlenverkauf wurde im Berichtsjahr 1927/28 ein Rohgewinn von 5,14 Millionen Mark erzielt. Nach Abzug der Unkosten, Steuern und Abschreibungen von allein 2,6 Millionen verbleibt ein Reingewinn von 255 000 Mark. Berücksichtigt man, daß das erste Betriebsjahr 1927/28 noch ein Jahr der Umstellung und Reorganisation war und daß die unter sehr günstigen Bedingungen gegebenen Staatskredite von 11 Millionen noch nicht in Anspruch genommen wurden, so ist dieser Abschluß nach der jahrelangen Verlustwirtschaft nicht ungünstig. Bei Fortsetzung der notwendigen Rationalisierung wird sich erweisen, daß die in dem Oktoberkampf erzwungene Lohnerhöhung der Belegschaften dem Unternehmen nichts geschadet hat.

Die Gewinne im Maschinenbau.

Auch 1928 war ein gutes Jahr.

Umsatzsteigerung und erhöhte Gewinne sind das Kennzeichen des Abschlusses der Maschinenfabrik und Eisengießerei Waggelin und Hübner L.G. in Halle. Das ganze Jahr 1928 wurde voll gearbeitet, in einigen Abteilungen sogar in drei Schichten. So konnte die Gesellschaft trotz des schon erwähnten Streiks ihren Rohgewinn von 0,86 auf 0,98 Millionen Mark und den Reingewinn auf 370 000 M. steigern, so daß auch die in den letzten drei Jahren gezahlte Dividende von 7 auf 8 Proz. heraufgesetzt wird. Der Auftragsbestand im neuen Jahr ist gleichfalls gut, und die Verwaltung rechnet daher mit dem gleichen hohen Gewinnergebnis für 1929.

Die Halle'sche Maschinenfabrik L.G. kam zwar ihren Aktionären auch 6 Proz. gegen 7 Proz. Dividende im Vorjahre auszahlen, jammert aber Stein und Bein über die sozialpolitische Entwicklung in Deutschland, die auch die letzten jährlichen Gewinne nach aufzehrt. Dabei steht die Gesellschaft finanziell glänzend da, denn bei einem dicken Baupolster von 690 000 M. und über 500 000 M. weiteren Forderungen, betragen die Schulden noch nicht 360 000 M., zu denen noch 175 000 M. Anzahlungen der Kundschaft kommen. Auch dieses Unternehmen, das hauptsächlich Maschinen für die Zuderindustrie baut, hat für mehrere Monate Arbeit vorliegen. — Zu gleicher Zeit wird bekannt, daß die Badische Maschinenfabrik in Durlach für 1928 wieder 11 Proz. Dividende zahlen wird. Die Lage im deutschen Maschinenbau hat sich im letzten Jahr, nach diesen Abschlüssen zu urteilen, im Durchschnitt also keineswegs verschlechtert.

„Wohnungsbaugesellschaft und Wirtschaftlichkeit im Bauen.“ Die große Tagung der Reichswohnungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen, die gemeinsam mit über 40 Verbänden, darunter der Fachgruppe Bauindustrie sowie der Fachgruppe Steine und Erden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, dem Verein Deutscher Ingenieure, dem Bund Deutscher Architekten, dem Deutschen Werkbund usw. durchgeführt wird, ist auf den 15. bis 17. April 1929 festgelegt worden.

Kartellabwehr der Textileinkäufer. Wie die Handelszentrale Deutscher Kaufhäuser mitteilt, haben sich sechs führende Textileinkäuferverbände in Berlin, Chemnitz, Hamburg, Düsseldorf, Dortmund und Erfurt zu einer Schutzgemeinschaft unter dem Namen „Vereinigte Textil-Einkäuferverbände“ zusammengeschlossen. Da der Einkauf vieler sechs Gruppen weiterhin getrennt erfolgt, so ist in der Gründung keine Vertretung des Einkaufs von Textileinkäufern zu sehen, sondern es soll eine gemeinsame Abwehrfront gegen willkürliche Bestimmungen der Textileinkäufer geschaffen werden. Da diese Organisation einen jährlichen Umsatz von 400 Millionen hat, ist sie auch stark genug, um rigorosen Kartellmaßnahmen wirksam zu begegnen.

Frachterhöhung für getrocknete Futterkartoffeln aufgehoben. Auf Antrag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft hat die Reichsbahn-Gesellschaft mit Wirkung vom 1. März 1929 den Tarif für getrocknete oder gedörrte Kartoffeln zu Futterzwecken dahin geändert, daß für die Frachtberechnung die vor dem 1. Oktober 1928 gültigen gemessenen Frachtsätze anzuwenden sind. Damit wollen die beteiligten Stellen die Befruchtung von Futterkartoffeln fördern.

Vielefelder Fahrradwerke. Die Große-Fahrradwerke L.G. in Vielefeld legt nach einem Verlust von rund einer Million, der größtenteils durch notwendige hohe Sonderabschreibungen auf Anlagen und Vorräte entstanden ist, das Kapital von 2,1 auf 1,05 Mill. M. zusammen. Der schlechte Abschluß hängt mit der allgemeinen Ueberflutung im Fahrradbau zusammen. Jetzt ist die Gesellschaft nach den Ausführungen der Verwaltung mit Aufträgen so gut eingebucht, daß bis Mai die Leistungsfähigkeit der Betriebe auf das äußerste angepannt sei. Zur Beschaffung neuer Mittel wird das Kapital nach erfolgter Sanierung auf drei Millionen heraufgesetzt.

Fr. Koschi: Schwarze Augen

Das konnte man keine Augen nennen, das waren zwei glühende Kohlen, die unter Johannes Augenwimpern brannten. Wenn man in sie hineinsah, glaubte man sich in ein Märchenland versetzt. Unserer Großmutter pflegte das alle Märlein zu erzählen, wie dem guten Prinzen drei Männer zu Hilfe kamen: der Lange, der Breite und der Scharfsichtige. Doch die Kröte des Gesichts dieses ganz unheimlichen Menschen war eine solche, daß vor ihm Berge wankten.

Auch Johanna war ein ganz unheimliches Persönchen. Wüßig von Gestalt, unheimlich. Ihr Gesicht war ganz hübsch, ein bißchen schmwarzbraun. Aber nichts Besonderes daran. Nur die zwei großen, glühenden Augen waren darin, die wie Kohlen brannten.

Als Johanna sechzehn Jahre alt war, hatte sie schon längst ihre Eltern verloren. Ihre Tante, die Schwester der Mutter, die selbst in den dürtigsten Verhältnissen lebte, empfing sie aus den Armen der sterbenden Mutter und fand für sie eine Stelle als Verkäuferin in einem Schwabwarengeschäft in der Hauptstadt. Der Chef des Unternehmens war ein Mann, kräftig wie ein Gebirge. Aber dieses Gebirge lag vor den Füßen Johannes zu Boden an.

Johanna konnte nichts dafür. Sie wußte nichts von der Kraft ihrer Augen; es war weder Raffinement noch Aukletterie darin, mit welcher sie ihre Zauberkräfte angewendet hätte. Doch der Chef pflegte häufiger in diese Augen zu blicken, und Johanna mußte sie rasch niederzuschlagen. Mit Staunen nahm sie wahr, daß ihr der Chef mehr Aufmerksamkeit als dem übrigen Ladenpersonal widmete und daß er am ganzen Leibe wie Espenlaub bebte, sobald er in ihre Nähe kam.

Einmal rief der Chef Johanna zu sich ins Bureau, damit sie Geld auf die Post trage. Kaum war sie eingetreten, als er ihr entgegentrat. „Sehen Sie nicht, was in mir vorgeht?“ fragte er. „Ich kann den Anblick Ihrer Augen nicht vertragen. Ihre Kraft verläßt mich, sobald mein Blick dem Ihrigen begegnet.“ Und der Chef behielt dabei wie Espenlaub.

Johanna blieb einen Augenblick betroffen über das Reue dieses Zwischenfalls stehen. Sie war fast noch ein Kind und wußte nicht, was sie darüber denken sollte. Doch der Chef belauerte sie gleich wieder, ergriff mit seiner mächtigen Rechten ihre rechte Hand und begann sie zu küssen und zu herzen. Vor Johanna stand jetzt kein lächerlicher Herr, sondern ein unterwüriger, demütiger Bittender.

Das Ganze verließ Johanna in eine eigenartige, bisher unbekannt Seelenverfassung. Aus einem bedeutungslosen Ladenmädchen wurde mit einem Schlage die Herrin der Gefühle eines so mächtigen, gefährdeten Mannes. Nur ganz leise begann sich ihr Inneres zu regen, als sie ihr Chef insändigst um ein Stellchlein bat. Sie wußte die Stellung wechseln, sie wußte sich andermäßig nach einer Beschäftigung umsehen. Doch brachte sie die Kraft dazu nicht auf. Sie war froh, daß um sie gesorgt war.

Nach der ersten Zusammenkunft trat Johanna jarmell aus dem Unternehmen aus. Es war nicht notwendig, daß sie den ganzen Tag hinter dem Ladenpult stand. Der Herr Chef mietete ihr ein schönes, behagliches Zimmer und umgab sie mit allem Luxus, von dem sie einst nicht einmal geträumt hatte. Er schaffte ihr seine Wäsche, schöne Kleider an. Und auch an Bargeld hatte Johanna niemals Mangel.

Wollte zwei Jahre verbrachte Johanna unläßt in diesem Luxusleben. Johanna wußte überhaupt nicht, was sie mit der Zeit beginnen sollte, sie hatte ständig frei. Sie spazierte durch die Straßen, sie lehrte in den Kaffeehäusern ein, am Abend besuchte sie die Kinos. Nur bestimmte Augenblicke dieser ihr unendlich lang erscheinenden Zeit waren ihrem Chef gewidmet. Die Quartierfrau war zu Johanna außerordentlich dienstfertig und bemühte sich, ihr in allem zu entsprechen. Uebrigens kam es ihrem Besucher aus eine Postnote gar nicht an. Johanna verlornte vollkommen, regelmäßig zu arbeiten.

Doch nach zwei Jahren trat das ein, was eintreten mußte. Die Augen Johannes begannen für ihren Chef die Anziehungskraft zu verlieren. Seine Besuche wurden spärlichere, der Chef begann sie zu vernachlässigen. Doch auch der Zustuß seiner Geldmittel ebte ab. Johanna mußte ihn sogar darum mahnen.

Diese Situation dauerte noch ein Jahr lang und ließ sich, so gut es ging, überbrücken. Dann aber kamen noch schlimmere Zeiten. Die Quartierfrau drohte mit der Kündigung, ihr untergeordnet Leid sträubte sich vor Unzufriedenheit und Jörn auf. Johanna blieb nichts übrig, als all das Schöne zu verkaufen, was ihr ihr Chef angeschafft hatte. Aber schließlich und endlich kopfte doch noch Gevatterin Rot an die Lüre.

Da begann Johanna lieber die ganze Lage nachzudenken und kam zur Erkenntnis, daß ihr ehemaliger Chef doch eine gewisse Verantwortung ihr gegenüber habe und daß es möglich sein dürfte, ihn zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen. Als er auf ihre Mahnungen zu antworten aufhörte, sandte sie ihm einen Brief, mit welchem sie ihm mitteilte, daß sie nicht vor der Öffentlichkeit verschweigen werde, was ihr in seinem Unternehmen widerfahren sei, wenn er ihr nicht weiter genügend Geldmittel zur Verfügung stellen sollte.

Der Chef wurde durch den Brief Johannes sehr beunruhigt. Er war sich einer gewissen Verantwortlichkeit bewußt; aber der Drohung nachgeben, das bedeutete für eine lange, ungewisse Zeit die Verantwortung übernehmen. Und so suchte er seinen Rechtsfreund auf, um sich mit ihm zu beraten.

Der Anwalt erklärte dem Unternehmer, daß Johanna kein Recht besitze, auf eine derartige Weise Geld von ihm zu erpressen und daß man dem gerichtlich abhelfen könne. Doch machte er ihn gleichzeitig aufmerksam, daß er sich dadurch selbst in Gefahr setze, wenn er keine Beziehungen zu Johanna bereits zu einer Zeit angeknüpft haben sollte, da sie in seinem Unternehmen beschäftigt gewesen war, und deshalb lehnte er es ab, persönlich in der Sache einzuschreiten.

Johannas Chef empfand es mehr als dringend, daß die Episode mit dem Lehrling schon zu lange dauerte und daß es notwendig sei, sie zu beenden. Er nahm sich daher den Mut und schritt bei Gericht selber ein. Das Glück war ihm hold, die Sache ging im ganzen und großen glatt ab. Es hatte den Anschein, als ob sich Johanna selber bemühte, seine Schuld zu entkräften, als er selber zu verstehen gab, daß es sich ihm nicht um die Bestrafung Johannes handelte, sondern darum, Ruhe zu haben, und als er erklärte, daß er bereit sei, etwas für Johanna zu unternehmen, um sie zu einer Beschäftigung zurückzuführen, die er ihr abgenommen hatte.

Sobald nach dem Gerichtsverfahren reiste Johanna nach Berlin ab. Man hatte dort irgendeine Bekanntschaft für sie ausfindig gemacht. Der ehemalige Chef stattete sie selber mit dem nötigen Gelde und den notwendigen Sachen aus. Und Johanna begann also zu arbeiten.

Doch die Seele Johannes war in den Jahren des Nichtstuns verdorrt und feinerlei Boden dafür vorhanden, daß der Fleiß in ihr Wurzel fassen konnte. Man erkannte dies sehr bald und entließ sie.

Johanna, ein junges Mädchen, befand sich jetzt ohne alle Stütze im Wirbel einer fremden Großstadt. Um den schweren Kampf ums Brot zu beginnen, dazu war sie nicht geeignet. Eine Zeitlang reichete ihr noch das Geld ihres Chefs, dann aber besond sie sich in Bedrängnis. Und sie wußte nicht, was sie tun sollte, dazu besah sie nicht den Mut.

In dieser Notlage halfen Johanne ihre schönen, schwarzen Augen, die immer noch wie glühende Kohlen brannten. Johanna lernte es nun, ihre magische Kraft auszunutzen. Alles um sie herum sprach: „Du hast schöne Augen, aus diesen kann man Geld münzen, ohne arbeiten zu müssen.“ Johanna schenkte dieser Stimme Gehör und verankert in dem trüben Sumpfe der Großstadt. Man hörte nichts mehr von ihr, man bekam sie auch nicht zu Gesicht.

Bis sie eines Tages wieder an der Oberfläche auftauchte. Das las man nämlich vor ihr, und zwar in der Zeitung, Rubrik „Gerichtssaal“. Johanna wurde das Schreckliche der Situation, in der sie sich befand, klar. Sie wurde von einem Rachegefühl angetrieben, sich an den Männern zu rächen, die sie so tief herabgestoßen hatten. Dem ersten, dem sie begegnete, nahm sie alles Geld bis auf einen kleinen Betrag ab. Und dann begann Johanna zu schwelgen. Sie mußte sich betrinken. Benötigtens auf einen Augenblick wollte sie an ihre Demütigung, an ihre vergossene Not, an ihr ganzes Leben vergeffen.

Ihr nächster Weg führte sie ins Gefängnis und von dort schob man sie in ihre Heimat ab. Doch sie blieb schon bei dem gewählten Berufe. Je tiefer sie sank, desto schwerer konnte sie sich zu einer geregelten Arbeit erheben. Leichtem Herzens kam sie wiederum ins Gefängnis zurück. Es war für ihren gequälten Leib ein Augenblick der Rast. Wenn sie Mangel litt, schonte sie nicht die Taschen ihrer Gefährtin. Die Erinnerung an die Zeiten des Wohlstandes lehrten wieder zurück. Und da begannen wiederum zwei schwarze Augenpaare wie glühende Kohlen in der Kerkerzelle aufzuleuchten. Die Johanna an diesen Ort gebracht hatten. Das Gefängnis wurde ein Zubehör für Johannes Beruf, genau so wie bei den anderen Mädchen, die auf die Anklagebank kamen. Sie gleich ihnen vollständig mit ihrem Leben und durch ihre Rücksichtslosigkeit. Das Geheimnis ihrer dunklen Augen blieb wie mit einem dunklen Schleier verhüllt. Niemand fragte sie danach und sie wußte sich auch niemandem erweiden. Und niemand ahnte auch, daß diese schwarzen Augen einst, da sie noch ein junges Mädchen war, demütigt und beschämt vor jedem zur Erde blickten, der in sie hineinschauen versuchen wollte.

(Beachtliche Uebersetzung aus dem Dänischen von S. Reimann.)

Friedr. Dreßler: „Es juckt mich . . .“

Nicht da, wo es Itz und Itzig juckt, sondern da, wo mein tastendes Ich auf die Außenwelt stößt. Und nicht die Haut selbst juckt mich, sondern in der Haut juckt es mich. Was Jucken ist, weiß ich genau, denn ich habe einen Sinn dafür, erlebe es, bin nicht wie der Blind- und Taubgeborene, dem man von Farben und Tönen vergebens redet. Ueber dieses „Es“ jedoch, das mich juckt, die eigentliche Ursache des Juckens, will ich ein wenig nachdenken.

Was ist Stim? Man sinnt habe ich schon als Kind gehört, jetzt zählt man ein Dutzend. Sinn ist Modus der Wahrnehmung, Art und Weise der Vermittlung zwischen Außenwelt und Seele. Auch der Hautsinn, um den sich das Jucken dreht, vermittelt zwischen Außenwelt und Seele. Ich will mir die Entstehung des Juckens vergegenwärtigen. Es ist offenbar eine Empfindung, eine abnorme, zwar, eine Parasitose, doch innerlich Empfindung. Wenn ich den Entschlackungsakt zerlege, treffe ich auf gewisse Voraussetzungen, nämlich auf den Reiz, der physikalisch-chemisch ist und eine Reoerzeugung auslöst, dann auf die Fortleitung derselben zum Gehirn, die ins Gebiet der Physiologie gehört. Diese Vorgänge kann ich mir zur Rot erklären, weil ich sie mir als Bewegungen von Teil-

chen vorstelle. Ueber wie sich Atomschwängungen und Netherwellen in die mir als Erlebnis so wohlbekannte Juckempfindung umsetzen, wie ein von der Außenwelt und meinem Körper bedingtes, von der Kernenergie so ganz verschiedenes, Unstufhaltendes Etwas mir zum Bewußtsein kommt, so daß ich es „habe“, darüber kann ich mir nicht die geringste Rechenschaft geben. Eines indessen wird mir durch mein Nachdenken klar: Das Jucken ist, wie jede Empfindung, ein rein seelisches Erlebnis. Daher kommt es wohl auch, daß es mich bei Ablenkung der Aufmerksamkeit weniger juckt, doch eine dem Jucken ähnliche Empfindung, das Kitzeln, bei manchem Individuum sehr leicht, bei anderen sehr schwer und oft, wie es scheint, ohne jeden äußeren Reiz, einzig und allein durch seelische Einflüsse austritt. Wenn ich an Ungeziefer denke, kann es mich durch die bloße Vorstellung am ganzen Körper jucken.

Tritt nun in solchen Fällen das seelische Erlebnis, die Juckempfindung, wirklich ganz unabhängig von einem körperlichen Reiz, ohne alle Vorbedingungen auf? Der Empirismus und Sensualismus eines John Locke und David Hume leugnet das. Und die „Kritik der reinen Vernunft“ von Kant hebt mit „Erfahrung“ an als „erstem Produkt der Verarbeitung des sinnlichen Rohstoffes“. In allen Fällen von Jucken bei primären und sekundären Hautkrankheiten, wo ich Hautveränderungen sehe und taste, bin ich geneigt, mir dieses Nachdenken über die Herkunft des Juckens zu ersparen. Dem Bedürfnis, nach seiner Ursache zu fragen, ist gewöhnlich genügt durch das Vorhandensein von Knötchen, Bläschen, Pusteln, Schwellung, Rote. Ist und bleibt die Haut todeslos rein und es juckt mich trotzdem, so denke ich an jene durch gewisse Stoffe im Körper erzeugte und von deutschen, amerikanischen und holländischen Wertgen erst jüngst als eigene Krankheit (Allergien) bezeichnete Ueberempfindlichkeit („Eüchigkeit“, wie es von altersher hieß) der Gewebe, die das Jucken als Empfindung selbst minimalster Reize erklärt. Auch ich aber auch diesen Ursachentempel noch ausschließen und es juckt mich dennoch — dann fallen mir alle unterirdischen Mächte ein. Und dann glaube ich an die Entbedungen der neuzeitlichen Psychologie, besonders an die Resultate der von Sigmund Freud und seiner Schule ausgebildeten Psychoanalyse, die in das Dunkel der Bewußtlosigkeit von Leib und Seele ein noch weiter streifendes Licht gebracht hat. Mit Genugtuung und Befriedigung meines Wissenstriebes erinnere ich mich, daß Empfindungen, also auch Juckempfindungen vom Bewußtsein oft überleben werden, keineswegs aber in Nichts vergehen, sondern im Unterbewußtsein schwelgen und wachsen, um gelegentlich aufzusteigen und gleichsam materialisiert in der Haut ihren Spuk zu treiben. Seit Sigmund Freud bin ich nicht einmal erstaunt, wenn es mich nach seelischen Konflikten, mit denen ich innerlich nicht fertig werden konnte und die ich als ein Unstufvolles im Leibe des Unterbewußtseins zu ersuchen suchte, mit einem Male ganz mörderisch in der Haut juckt, weiß ich doch, daß meine vom Konflikt gepoingte Seele in höchster Not und Verzweiflung sich des „Ich“ bedient, den Affekt in andere Sphären zu verschieben. Welt rätselhafter erschmeint mir, daß jemand in ohnmächtiger Wut Geschirre zertrümmert oder wegen Selbstverleugung seinen Hund haut, als daß meine Seele durch das Ich zu den im Reich des Unbewußten dogmatisierenden Juckfunktionen greift, auf daß der Leib ihr helfe, durch Krampfen, Krachen, Krachen an der Haut die innere Unlust in Lust zu verwandeln.

„Weh spricht: Vergeh! Doch alle Lust will Ewigkeit . . .“
So bei Klage und ähnlich bei Freud.
„Es“ spricht zum „Ich“ aus tiefer Tiefe. — — —
Doch wo bin ich? Ich wolle über das Jucken plaudern. Und nun bin ich beinahe in Konflikt und Delirium geraten. Man möchte es nicht glauben.

Der Kaffeeverbrauch der Welt

Normalerweise kommt wohl niemand auf den Gedanken, daß die Dänen und Schweden es sind, die weitaus den meisten Kaffee trinken. Sie verbrauchen pro Kopf der Bevölkerung im Jahre mehr als 7 Kilo, während man in England, das den geringsten Kaffeeverbrauch aufweist, beispielsweise nur 1/4 Kilo pro Kopf der Bevölkerung braucht. Deutschland gehört zu den verhältnismäßig wenig Kaffee verbrauchenden Ländern. Es steht nach England, Spanien und Italien mit etwa 2 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung als Jahresverbrauch an vierter Stelle. Sehr viel mehr Kaffee trinkt man bereits in der Schweiz, wo 3 1/2 Kilogramm, und in Frankreich, wo 4 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung entfallen. Dann folgen die Niederlande und Belgien mit etwa 5 Kilogramm, die Vereinigten Staaten und Norwegen mit etwa 6 Kilogramm und schließlich Dänemark und Schweden mit mehr als 7 Kilogramm.

Der Weltverbrauch an Kaffee, der seit dem Kriegsende bedeutend gestiegen ist, erreichte im Jahre 1928/29 mit 1,22 Millionen Tonnen einen Höchststand. Gegenüber einem Verbrauch von 1,06 Millionen Tonnen im Jahresdurchschnitt 1909—1913 ist somit eine Zunahme um rund ein Viertel erfolgt. Der Rückgang des Weltverbrauchs im Jahre 1924/25 war eine Folge des starken Anstiehs der Kaffeepreise am Ende des Jahres 1924. Der Verbrauch der beiden Jahre 1925/26 und 1926/27 überstieg wieder 1,26 Millionen Tonnen.

Die Zunahme des Kaffeeverbrauchs an Kaffee ist interessanterweise fast ausschließlich auf die starke Steigerung des Kaffeeverbrauchs in den Vereinigten Staaten von Amerika zurückzuführen, dürfte also eine direkte Folge des Wohlstandes sein. Die Vereinigten Staaten nehmen heute mehr als die Hälfte der Weltmenge auf, während sie im Jahresdurchschnitt 1909—1913 doch 302 000 Tonnen Kaffee verbrauchten, betrug ihr Verbrauch im Jahre 1928 bereits 664 000 Tonnen. Der verbrauchten Kaffeemenge nach folgen an zweiter und dritter Stelle Frankreich und Deutschland als Hauptverbraucher von Kaffee. Erst in weitem Abstand folgen Italien, Schweden, Belgien und die übrigen Länder.

Der Kaffeeverbrauch der Vereinigten Staaten, der sich infolge

der Erdensiebung Amerikas fast verdoppelt hat, wird im wesentlichen, nämlich zu 90 Proz., durch die Einfuhr von Brasilien und Kolumbien gedeckt. Die mittelamerikanischen Sorten, die früher eine bedeutende Rolle im nordamerikanischen Kaffeeverbrauch spielten, sind in den letzten Jahren mehr und mehr zurückgegangen.

Auch die europäischen Länder, mit Ausnahme von Deutschland und den Niederlanden, haben einen Mehrverbrauch gegenüber der Vorkriegszeit aufzuweisen, was allerdings zum Teil auch auf die Gebietsvergrößerungen zurückzuführen sein dürfte. Der seit Kriegsende größte Kaffeeverbraucher Europas, Frankreich, hatte seinen Verbrauch im Jahre 1923 mit 172 000 Tonnen um 54 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit erhöht. Wenn der Verbrauch in den folgenden Jahren auch wieder etwas zurückgegangen ist, so war er doch 1927 noch um 44 Proz. größer als 1913. Durchschnittlich wurden 60 Proz. des verbrauchten Kaffees aus Brasilien bezogen, während der Anteil der französischen Kolonie an der Versorgung des Mutterlandes noch unbedeutend ist.

Deutschland rückt nach dem Kriege infolge seiner verringerten Kaufkraft auf der zweiten die dritte Stelle der Kaffeeverbraucherländer. Mit 36 800 Tonnen im Jahre 1922 war der Kaffeeverbrauch auf ein Fünftel des Vorkriegsverbrauchs gesunken, denn im Jahresdurchschnitt 1909—1913 haben wir nicht weniger als 181 000 Tonnen Kaffee verbraucht. Erst seit 1924 ist der Kaffeeverbrauch wieder stark gestiegen und erreichte im Jahre 1927 mit 124 000 Tonnen wieder etwa 75 Proz. des Verbrauchs von 1913.

Der Einfuhrwert des in den beiden letzten Jahren verbrauchten Kaffees war durchschnittlich um etwa 25 Proz. höher als im Jahre 1913. Diese Zunahme ist übrigens nicht nur auf die allgemeine Steigerung der Kaffeepreise zurückzuführen, sondern auch auf die Bevorzugung besserer Qualitäten. Der Verbrauch von brasilianischem Kaffee ist gegenüber der Vorkriegszeit auch verhältnismäßig zurückgegangen. Der Verbrauch von sonstigem amerikanischen, insbesondere mittelamerikanischen Kaffee dagegen stark gestiegen. Die deutsche Verbraucherenschaft wandte sich zwar den teureren, aber ergiebigeren milder mittelamerikanischen Kaffeeforten zu.

Theater, Lichtspiele usw.

GR. SCHAUSPIELHAUS 8 METROPOLTHEATER 8
Künstlerische Leitung:
ERIK CHARELL

Die liebe Augustin

Lustige Witwe

Alfred Braun
Mady Christians
Trude Lieske
Siegfr. Arno
Paul Morgan
Paul Westermeier

Fritzi Massary
Max Hansen
Uschl Elleot
W. Jankuhn
H. Junkermann
W. Schaeffers

Marianne Winkelstern
Iwan Orlik / Boddelbums
Grete Walter / Hans Sommer
Sensiblen girls / Jacksonboys

Marquita Sisters
Frisco
Beauty-Girls / Comedianboys

Ausstattungen:
Professor
Ernst Stern

Sonntag Nachm. 3 Uhr ungek. Vorstellung Kleine Preise

Musikalische Leitung
Ernst Hauke

SCALA

8 Uhr 8.5. Barbara 9256
Jenna Selim / Gr. Ralph Danatky
Derhoff u. Eulalia / Jack Stanford
und die übrigen Attraktionen!

Winter Garten

8 Uhr Rauchen erlaubt
Internat. Varieté

PLAZA
Am Küstriner Platz

Alex. 8067 65
Tägl. 2 Vorstellungen
5 Uhr 50 Pf bis 1.-M.
8.15 „1.-M.“ „2.-M.“
INTERNATIONALES VARIÉTÉ
Karten 8 Tage im voraus

Renaissance-Theater

Nardenbergstr. 8. Tel.: Stetapl. 901 u. 2583/84
8 1/2 Uhr. Zum 27. Male: 8 1/2 Uhr
Die Welterfolgskomödie
„Das große ABC“
von Marcel Pagnol
Reg.: Gust. Hartung. In Premierenbestez.

Oberlicht-Saal (Philharmonie)
Sonntag, 10. März 1929, 8 1/2 Uhr abds.
VORTRAG

Jakob Wassermann
Unterhaltung mit den Lesern der
Maurizius Romans über:
„Die Zukunft des Kinabios.“
8 1/2 u. 9-11 M. Entz-Bock, Westh. u. Ahrendt

Kostproben gratis!

Der beste Beweis, daß ich nur erste Qualitäten trotz billigster Preise verkaufe!

Erstklassiger Dessert-Apfelwein, süß Liter 0.75
Echtes Dessert-Johannisbeerwein, süß 0.95
Feinster Spezial-Fruktwein, süß 1.05
Erstklass. Dessert-Stachelbeerwein, süß 1.05
Hocharomatisch. Dessert-Kirschwein, süß 1.25
Hocharomat. Dessert-Erdbeerwein, süß 1.45

Achtung! 1 Liter enthält 2/10 mehr als eine 1/10 Flasche

Echter Tarragona, süß, Liter 1.35
Echter Malaga, dunkel, süß 1.60
Echter Griechenwein, süß 1.40
Echt. Tasano, süß, mach mich fröhlich 1.90
Echter Insel-Samos, hell, süß 1.90
Echter Wermuth-Wein, süß 1.65
Echter Douro-Portwein, süß 2.80
Echter Pepsinwein für Kranke 2.60

Ausschank vom FABI

Echter Tafelagavit 35% Liter 2.95
Echter Weinbrand-Verschnitt 38% 3.20
Echter Getreidekorn ca. 40% 3.80
Mäse Weinbrand-Verschnitt *** Stern 3.60
Echter Weinbrand, ganz rein *** Stern 4.20
Jamaika-Rum-Verschnitt ca. 45% 4.45
Tee-Rum das Feinste ca. 55% 5.20
Hochwertige Edel-Liköre bis 38% 4.45
Feinste Rotweine Flasche 95 Pf.
Feinste Weißweine 1.15

Ausnahme-Angebot:

Feinster 23 er roter Burgunder 1/1 Fl. 1.25
Feinster 25 er weißer Bordeaux, süß 1/1 Fl. 1.45
Kranken, Flaschen usw. werden geliehen

Eduard Süßkind

Größtes Spezialgeschäft seiner Art in Deutschland
Hauptgeschäft: Berlin N31, Brunnenstr. 42

Filialen und Verkaufsstellen:
Berlin, Müllerstr. 144 Steglitz, Schollstraße 121
Berlin, Chausseestr. 76 Spandau, Potsdamerstr. 23
Berlin, Petersburger Str. 60 Pankow, Wollankstr. 98
Berlin, Kopenstr. 87 Neukölln, Berliner Str. 13
Berlin, Grünauer Str. 15 Moabit, Wilsnacker Str. 25
Köpenicker Straße 121 Prenzlauer Allee 50
Wilmsdorfer Straße 157 Martin-Luther-Straße 86
Oberschöneeweide, Wilhelminenholstraße 40
Schöneberg, Kolonnenstraße 9, Ecke Feuerstraße

Volksbühne

Theater am Blüchplatz
8 Uhr

Kreuzabnahme

Theater am Schiffbauerdamm
8 Uhr

Helden

Thalia-Theater

8 Uhr

Oelrausch

Staatl. Schiller-Th.

8 Uhr

Oedipus

Theater am Schiffbauerdamm

Norden 1141 u. 281.

8 Uhr

geschlossene Vorstellung der Volksbühne.

Deutsches Theater

Norden 12 310

8 U., Ende geg. 10 1/2

Die lustigen

Weiber von Windsor

von Shakespeare

Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele

Norden 12 310

8 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr

„Soeben erschienen“

Komödie von

Edouard Bourdeik

Regie: Forster Larinaga.

Die Komödie

Bismarck 2414/7516

8 1/2 Uhr, Ende 10 1/2

„Olympia“

von Franz Molnar

Regie: Forster Larinaga.

CIRCUS BUSCH

Tägl. 8 Uhr

Neues Märchenpr. 1

u. s.:

Champagneroper im Lorenzkilg

und

„ital. Nächte“

Jetzt viel mehr freie Zeit -

seitdem die Hausfrau diese nahrhaften, schnell zubereiteten Flocken verwendet



Mit diesen köstlichen Quäker Rapidflocken hat das stundenlange Stehen am heißen Herd ein Ende gefunden - eine große Arbeitserleichterung für die Hausfrau, eine Ersparnis an Zeit und Gas!

Und doch enthält die duftende, dampfende Schüssel Quäker Rapidflocken - in 3 bis 5 Minuten ist das Gericht tafelfertig - alle wichtigen Nährsubstanzen für jung und alt. Goldgelbes, vollreifes Getreide, auf besondere Weise präpariert, reich an Vitaminen, Proteinen und Kohlehydraten, das sind Quäker Rapidflocken! Kräftigend und nährend erhalten sie Ihren Körper widerstandsfähig, ohne überflüssiges Fett anzusetzen.

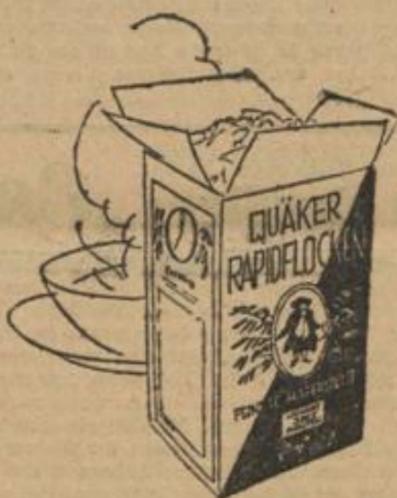
Die sauberen Kartons schützen vor Verstauben. Rapidflocken haben im Gegensatz zu anderen Flocken keine Spelzen und keinen

bitteren Geschmack. Zu Suppen und Gemüsen sind sie ein nahrhafter Zusatz; sie lösen sich in diesen Speisen vollständig auf.

Fragen Sie Ihren Kolonialwarenhändler nach der 1-Pfund- oder 1/2-Pfund-Packung, oder verlangen Sie auf einer Postkarte eine Gratisprobe. Jede Packung enthält überdies einen Gutschein für schwerversilbertes Besteck.

Vorschlag für die Zubereitung

Pfannkuchen: 1/2 Pfund Rapidflocken mit 1 bis 2 Eiern, 1 Tasse Mehl, 1 Prise Salz und 1 Eßlöffel Zucker zu einem dünnen Teig anrühren. Löffelweise in heißes Fett geben, kleine Kuchen backen, mit Zucker und Zimt bestreut anrichten.



Quäker Rapidflocken

Ausscheiden! Einreden!

Quäker Nahrungsmittel-Gesellschaft m. b. H. Abt. BV. 5
Elsen (Bezirk Düsseldorf)

Bitte senden Sie mir sofort eine Gratisprobe Quäker Rapidflocken.

Name:

Adresse:

Donnerst., d. 7. & 8. März

Staats-Oper
Unter d. Linden
A.-V. 61
20 Uhr

Fra Diavolo

Donnerst., d. 7. & 8. März

Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus IV
18 1/2 Uhr

Tristan u. Isolde

Donnerst., d. 7. & 8. März

Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
A.-V. 8
19 1/2 Uhr

Hoffmanns Erzählungen

Donnerst., d. 7. & 8. März

Staatl. Schauspiel
an den Gendarmenbr.

Karl u. Anna

Donnerst., d. 7. & 8. März

Staatl. Schiller-Theater, Charlth.

20 Uhr

Oedipus

Donnerst., d. 7. & 8. März

Komische Oper (8 1/2)

Die große Revue

Paradies der süßen Frauen!

100 Mitwirkende.

Donnerst., d. 7. & 8. März

CASINO-THEATER

Lotaringer Straße 37.

Nur noch bis 13. März

Kilometerliebchen

Am 14. März 1929 zum 1. Male

„Eine ungeliebte Frau“

Donnerst., d. 7. & 8. März

Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus IV
18 1/2 Uhr

Tristan u. Isolde

Donnerst., d. 7. & 8. März

Staatl. Schauspiel
an den Gendarmenbr.

Karl u. Anna

Donnerst., d. 7. & 8. März

Staatl. Schiller-Theater, Charlth.

20 Uhr

Oedipus

Donnerst., d. 7. & 8. März

Komische Oper (8 1/2)

Die große Revue

Paradies der süßen Frauen!

100 Mitwirkende.

Donnerst., d. 7. & 8. März

CASINO-THEATER

Lotaringer Straße 37.

Nur noch bis 13. März

Kilometerliebchen

Am 14. März 1929 zum 1. Male

„Eine ungeliebte Frau“

Für unsere Leser übernehm. 10r 1-4 Per.

Faust nur 1.15 M., Sessel 1.60 M.

inständige Preise Parken u. Ban. u. s.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sängerk

Das neue März-Programm!

Donnerst., d. 7. & 8. März

Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus IV
18 1/2 Uhr

Tristan u. Isolde

Donnerst., d. 7. & 8. März

Staatl. Schauspiel
an den Gendarmenbr.

Karl u. Anna

Donnerst., d. 7. & 8. März

Staatl. Schiller-Theater, Charlth.

20 Uhr

Oedipus

Donnerst., d. 7. & 8. März

Komische Oper (8 1/2)

Die große Revue

Paradies der süßen Frauen!

100 Mitwirkende.

Donnerst., d. 7. & 8. März

CASINO-THEATER

Lotaringer Straße 37.

Nur noch bis 13. März

Kilometerliebchen

Am 14. März 1929 zum 1. Male

„Eine ungeliebte Frau“

Für unsere Leser übernehm. 10r 1-4 Per.

Faust nur 1.15 M., Sessel 1.60 M.

inständige Preise Parken u. Ban. u. s.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sängerk

Das neue März-Programm!

Nachtvorstellungen

am 8., 9., 10. März, nachts 11 Uhr:

Pharus-Lichtspiele, Müllerstraße / Hohen-

zollern - Filmpalast, Handjerystr. 64

Ballschmied-Lichtspiele, Badstraße 16

Nonds Lichtspiele, Brunnenstraße 16

Mariendorfer Lichtspiele, Chausse-

straße / Theater am Moritzplatz

Ahorn-Lichtspiele, Ahornallee 1

Welt-Kino Moabit, Alt-

Moabit 99 / Film-Palast Puhl-

mann, Schönhaus, Allee 145

Metro-Filmpalast, Chaus-

seestraße 30 / Schloß-

park-Theater, Schloß-

straße 45

„PROSTITUTION“

Ein Film von mensch-

licher Not

Der bedeutendste

russische Sexualfilm

Hauptdarsteller: Sonja Jarosh,

Vera Orlova, Esther Scherem-

jewa, N. Bonus, Basil Milrisc,

A. Laduschew

Regie: Oleg Froelich

Produktion: Belgokino Moskau

Trianon-Th.

Täglich 8 1/2 Uhr

Der Herzog und die Sünderin

mit Erna Glöckner

und Martin Kottner

Rundfunk hören

halbe Preise

Barnowsky-Bühnen

Theater in der

Königsgrüter Straße

Täglich 8 1/2 Uhr

Revolte im

Erziehungshaus

Komödienhaus

Täglich 8 Uhr

Die Drei - Groschen-

Oper

Theater am

Hollendorfplatz

Täglich 8 1/2 Uhr

Das Gold auf

der Straße

Kleines Theater

Täglich 8 1/2 Uhr

Kurt Goetz,

Valerie v. Marlen

Paul Otto

in

Berliner Theater

Direkt. Heinz Herald

Charlottenstraße 96

A. 7. Dönhoff 170

8 Uhr